

BLICKPUNKT BUNDESTAG



DEUTSCHER BUNDESTAG

Juni 4/2005
2,00 Euro
ISSN 14359146
G10624

www.blickpunkt-bundestag.de

2. Untersuchungsausschuss

Von null auf hundert
in drei Tagen



Wie Parlamentarier
die Visa-Praxis
durchleuchten.



Titel
4 Von null auf hundert in drei Tagen



Details
14 Fassaden



Menschen im Bundestag
25 Seemannsgarn im Parlamentsviertel

Essay

- 3 Datenschutz und innere Sicherheit – ein unlösbarer Konflikt?

Tagesläufe

- 10 Die ruhige Art, Geschäfte zu führen
Volker Beck, Bündnis 90/Die Grünen

Menschen im Bundestag

- 16 Mut zum Ja, Mut zum Nein
Vier Abgeordnete über Courage
- 20 Ein Praktikum mit Folgen
Xenia Solovyeva aus Kasachstan beim Internationalen Parlamentspraktikum

Cullens Reichstag

- 24 Verhüllung mit Hindernissen

Debatte

- 28 Vom Schnäppchenjäger zum hybriden Verbraucher
Forum: Konsum in Deutschland
- 34 Kultur für alle – Luxus oder Bürgerrecht?
Streitgespräch: Kulturförderung

Panorama

- 37 Begegnungen im Parlamentsviertel
Frauen, Politik und Kunst
- 38 Drei Fragen an Abgeordnete
Melanie Oßwald, CDU/CSU, antwortet
- 38 Buchtipp
Von Renate Gradistanac, SPD
- 39 Report: 8. Mai
Lebendiges Gedenken an das Kriegsende
- 40 Parlamente in Europa
Lange Debatten in der „Eduskunta“

Datenschutz und innere Sicherheit – ein unlösbarer Konflikt?

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein Grundrecht, dies hat das Bundesverfassungsgericht mehrfach bekräftigt. In der Grundrechtecharta der Europäischen Union und dem Entwurf der künftigen Europäischen Verfassung wird der Datenschutz als Grundrecht ausdrücklich genannt. Datenschutz hat somit Verfassungsrang. Einschränkungen dieses Grundrechts sind nur unter engen Voraussetzungen möglich. Warum hat der Datenschutz es dennoch häufig schwer, sich zu behaupten?

Zum einen schafft die rapide technologische Entwicklung Risiken und Gefahren für die Datensicherheit. Sie erleichtert sowohl bei öffentlichen als auch privaten Stellen die immer umfassendere Sammlung personenbezogener Daten und ermöglicht deren effektive Vernetzung. Nicht immer werden diese Datenbestände gezielt angelegt, sie fallen auch als Nebenprodukt ab, etwa beim Surfen im Internet oder beim mobilen Telefonieren. Sind Datensammlungen erst einmal entstanden, weckt dies Begehrlichkeiten und es dauert häufig nicht lange, bis sie zu unterschiedlichsten Zwecken genutzt werden sollen.

Zum andern steht der Datenschutz auch im Spannungsverhältnis zu anderen Zielen, die im Bewusstsein der Menschen ebenso wichtig oder gar vorrangig sind, wie etwa die Steuerehrlichkeit, der Kampf gegen Missbrauch sozialer Leistungen oder die innere Sicherheit. Eine Konkurrenz, die im Sinne eines „Entweder oder“ bei nüchterner Betrachtung gar nicht besteht und die sich häufig auflösen lässt. Dies gilt gerade auch für die innere Sicherheit. Hier sind Eingriffe in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung vertretbar, wenn dadurch wesentliche Gefahren mit angemessenem Aufwand tatsächlich begrenzt oder vermieden werden können und andere Möglichkeiten, bei denen es zu keinen Grundrechtseingriffen kommt, ausgeschöpft wurden. Aber solche Maßnahmen müssen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und gegen mögliche Alternativen abgewogen werden.

Häufig bringen eine gründliche Problemanalyse und eine ergebnisoffene Prüfung von Lösungsalternativen an den Tag, dass die geforderten Gesetzesverschärfungen gar nicht die erhoffte Sicherheit bringen oder dass weniger

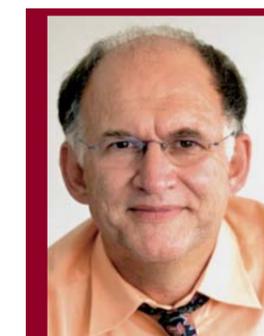
einschneidende Maßnahmen ebenfalls Erfolg versprechen. So kann es wirkungsvoller und auch kostengünstiger sein, Gefährdungssituationen gar nicht erst entstehen zu lassen, als im Nachhinein mit hohem technischem, kostenmäßigem und personellem Aufwand Überwachungstechnologie einzusetzen. Zum Beispiel trägt die bessere Ausleuchtung von Unterführungen und U-Bahneingängen bisweilen mehr zur Kriminalitätsprävention und zum Sicherheitsempfinden der Bevölkerung bei als eine lücken-

Informationelle Selbstbestimmung, Asyl- und Petitionsrecht sind nur drei der im Grundgesetz verankerten Grundrechte. Sie beschreiben grundsätzliche Rechte des Einzelnen in der Gemeinschaft. Blickpunkt Bundestag stellt in loser Folge einige Grundrechte an aktuellen Beispielen vor.



lose Videoüberwachung. Mehr Bürgereinsatz, funktionierende Nachbarschaften, eine aktive Zivilgesellschaft insgesamt wirken stärker als blindes Vertrauen in immer ausgefeiltere technische Konzepte, die den Menschen oft nur die Illusion von Sicherheit vermitteln.

Wer hier Denkanstöße gibt und kritische Fragen stellt, tut dies in dem Bestreben, ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt zu verteidigen und mit anderen gleichwertigen Schutzgütern in Einklang zu bringen. Ich sehe hierin eine Aufgabe, die an Bedeutung weiter zunehmen wird.



PETER SCHAAR, Jahrgang 1954, ist seit dem 17. Dezember 2003 Bundesbeauftragter für den Datenschutz. Zudem ist er Vorsitzender der Hamburger Datenschutzgesellschaft (HDG) und engagiert sich in der Gesellschaft für Informatik, in der International Working Group on Data Protection in Telecommunications (IWGDPT) sowie in der Humanistischen Union.



So viel Aufmerksamkeit gab es selten. Ganz Deutschland debattiert in diesen Tagen darüber, wie sich der Außenminister vor dem Bundestagsausschuss geschlagen hat, ob die im Brennpunkt stehenden Regelungen zur Einreise besser Volmer-Erlass oder Fischer-Erlass oder einfach Visa-Erlass heißen sollen, ob die Sicherheit Europas gefährdet war, das Botschaftspersonal vorübergehend überlastet wurde oder gar nichts Außergewöhnliches geschehen ist. Derweil nimmt die intensive Aufklärung ihren Weg – ganz sachlich, wie schon der Name sagt: „2. Untersuchungsausschuss“. Ein Blick hinter seine Kulissen.

Text: Gregor Mayntz
Fotos: studio kohlmeier



Von null auf hundert in drei Tagen

Wenn der Ausschussvorsitzende Hans-Peter Uhl am Morgen zur Glocke greift und nach lautem Läuten die 20. öffentliche Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses für eröffnet erklärt, dann folgt ein langer, und zwar mal wieder ein sehr langer Sitzungstag. Aber die meiste Arbeit ist schon vorher gelaufen. Intensives Aktenstudium. Minutiöse Vorbereitung der Sitzung. Detaillierte Fragenkataloge. Inzwischen sind 1.409 Aktenordner und zahlreiche Einzelakten im Sekretariat des Ausschusses eingegangen. Das sind gut 700.000 einzelne Seiten. Und es werden täglich mehr. Die (wenigen) geheimhaltungsbedürftigen Unterlagen kommen in den Panzerschrank, die anderen auf den Fotokopierer: Sechs weitere Exemplare müssen möglichst schnell an die Fraktionen im Ausschuss gehen, je eines an Bündnis 90/Die Grünen und FDP, je zwei an SPD und CDU/CSU. Über 70 Meter Akten – da weiß jeder: Perfekte Organisation ist Trumpf.

Anders als die ständigen Ausschüsse, die zu Beginn jeder Wahlperiode zwar neu gebildet werden, deren Administration aber an bestehende Hilfsorgane anknüpfen kann, muss die Struktur für einen Untersuchungsausschuss mitten in der Legislaturperiode aus dem Nichts neu entstehen. „Von null auf hundert in drei Tagen“, so erinnert sich Ausschusssekretär Stefan H. Kremer an die Anfänge unmittelbar nach dem Einsetzungsbeschluss durch den Bundestag am 17. Dezember vergangenen Jahres. Sein Pech: Die dafür

vorgesehenen Reserveräume steckten noch mitten in der Renovierung. Sein Glück: Die Räume des 1. Untersuchungsausschusses, der sich zu Beginn der Wahlperiode mit den Wahlkampf Aussagen auseinander gesetzt hatte, waren noch intakt. Telefone rein, Computer rein, Mitarbeiter aus verschiedenen Bereichen der Verwaltung zusammenziehen, dazu noch Faxgeräte und Kopierer, und schon konnte es losgehen.



Obmann Olaf Scholz, SPD.

Gleichzeitig überlegten die Fraktionen, welche Abgeordneten hier möglichen Missständen bei der Visa-Vergabe auf den Grund gehen sollten. Weil der Ausschuss wie ein Strafgericht verhandelt, liegt es nahe, dass vor allem Politiker ausgewählt werden, die sich mit der Strafprozessordnung auskennen: Richter, Anwälte, Verteidiger. Deswegen wusste Jerzy Montag, Rechtspolitiker von Bündnis 90/Die Grünen und seit 23 Jahren Strafverteidiger, sehr schnell, dass „dieser Kelch nicht an mir vorbeigehen wird“. Bei diesem Ausschuss war auch von Anfang an klar,

dass seine Mitglieder professionell Akten lesen müssen. Montag: „Diese Akten kann man nicht einfach nur lesen, indem man Seite für Seite die Wörter zur Kenntnis nimmt. Diese Akten muss man begreifen, ihren Aufbau, ihre Funktion; dazu braucht man Erfahrung“.

„Intellektuelle Rauflust“

Kein Wunder, dass auch die Obleute der anderen drei Fraktionen einschlägige Experten sind. Der SPD-Politiker Olaf Scholz ist seit 20 Jahren Rechtsanwalt, Eckart von Klæden von der CDU/CSU-Fraktion seit neun, der FDP-Vertreter Hellmut Königshaus wurde vor 25 Jahren Richter. Sie alle drücken es verschieden aus, aber im Kern läuft es auf die Beschreibung von Montag hinaus: „Man braucht als Obmann einen, der in konfrontativen Situationen dazwischen geht, der, wenn man so will, eine Spur intellektuelle Rauflust besitzt“.

Vor der „Rauflust“ stand die Planung. Vom Bundestag hatte der Ausschuss einen genau beschriebenen Auftrag erhalten, der bereits eine Fülle zu klärender Fragen aus dem Feld der Visa-Erteilung enthielt. Weiteres Handwerkszeug war das Untersuchungsausschussgesetz, das die Abläufe und die Rechte, auch die der Minderheit, klar regelt. Doch von Anfang an tobte über dieser Ebene auch eine Medienschlacht. Im Ausschuss war noch kein einziges Blatt eingegangen, da zitierten die Zeitungen bereits aus den

Akten. „Es war von Anfang an klar, dass das hohe öffentliche Aufmerksamkeits findet – solche Themen eignen sich immer für Übertreibung und Skandalisierung“, unterstreicht Scholz.

So wie er gingen alle Obleute vor: Als erstes mit der Fraktionsführung über zusätzliche Räume und weiteres Personal verhandeln, dann die Ausschussarbeit ordnen. In nichtöffentlichen Arbeitssitzungen ging es um einen Arbeitsplan, um die Reihenfolge der zu behandelnden Themenkomplexe, um die Abfolge der Zeugenbefragungen. Der Start erfolgte mit einer rechtlichen Einführung. Und hinter den Kulissen ging es los mit einem Tauziehen um die Akten. Ein kleiner isolierter Vorgang mag ja noch genau zu lokalisieren sein. Aber wenn geklärt werden soll, unter welchen Voraussetzungen Erlasse in den verschiedenen Jahren erarbeitet wurden, welche Erfahrungen aus dem diplomatischen Dienst einfließen und welche Meinungen dazu innerhalb der verschiedenen Ministerien geherrscht haben – dann sprengt die Fülle der potenziell in Frage kommenden Dokumente jede handhabbare Form. Die Ausschussmitglieder orientierten sich schließlich an Aktenverzeichnissen, die die Bundesregierung zu den einzelnen Themen vorlegten. Die gingen die Abgeordneten durch und machten hinter jeden Aspekt ein Kreuz, dessen Aktengrundlage für sie wichtig erschien.

Die Akten aus den Gerichtsverfahren zu den Schleuserprozessen wurden im Original übermittelt und

mussten vom Ausschusssekretariat erst kopierfähig gemacht werden, denn auch zwischengeheftete und beigeheftete Notizzettel können bedeutsam sein. Die Akten aus den Ministerien kommen zumeist bereits als kopierfähige Kopie in den Räumen des Sekretariats an der Dorotheenstraße an. Der Alltag hier ist der tägliche Kampf gegen das Chaos, wie es jeder von Umzügen kennt. Nur dass an der Tür kein Umzugswagen hält. Sondern



Obmann Jerzy Montag, Bündnis 90/Die Grünen.

Pritschenwagen, von denen uniformierte und bewaffnete Grenzschützer die Akten des Innenministeriums bringen, oder Lkw, mit denen das Außenministerium mal wieder Unterlagen vorbeischiebt. Nicht Akte für Akte, sondern Berge von Kisten und Kartons.

Das muss dann alles sorgfältig erfasst werden, damit nichts verloren geht. Jede Seite bekommt eine fortlaufende Nummer, jeder Ordner eine eigene Identifizierung, die einen Bezug zum jeweiligen Detailthema, zu dem dahinterstehenden Beweisbeschluss

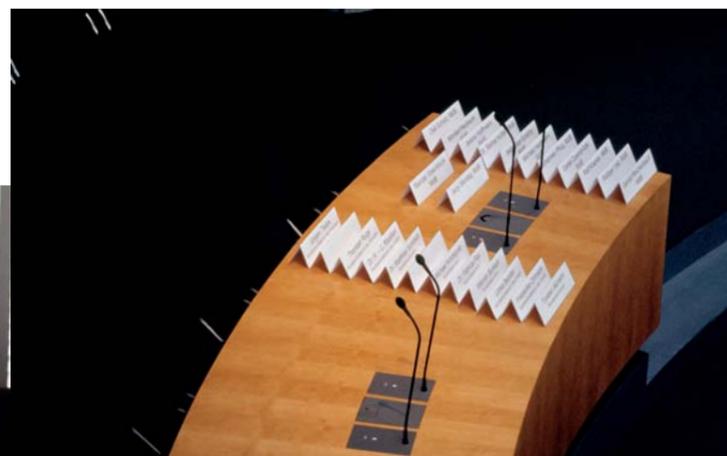
des Ausschusses und zur konkreten Lieferung herstellt. Dann kommen zu jedem gefüllten Ordner sechs leere, schon beschriftete Ordner – und zur Erleichterung des Ausschusssekretariats helfen die Schnelldruckstelle des Bundestages bei der zügigen Vervielfältigung und der Botendienst bei der schnellen Zustellung an die Fraktionen. Und dann heißt es: lesen, lesen, lesen.

„Das ist nicht spannend“, lautet die Erfahrung nicht nur von Scholz. Aktenlesen gehöre nun mal nicht zu den lustigsten Tätigkeiten, die man sich vorstellen könne. Aber: „Da muss man durch, und das sollte man dann auch machen.“ In sitzungsfreien Wochen holt Scholz sich mitunter abends am Bahnhof noch eine Lieferung für das Studium in den nächsten Tagen ab. Und die wichtigsten Akten aus dem Auswärtigen Amt hat er sich mit in den Urlaub nach Sylt genommen. „Ab und zu entdeckt man ja doch Dinge, die den Sachverhalt aufhellen.“

Keine Garantie auf Vollständigkeit

Jeder entwickelt sein eigenes System, mit der Fülle fertig zu werden. Das Team von Königshaus etwa hat eine Excel-Tabelle entwickelt, in die die Mitarbeiter alle Fragen eintragen – und nach und nach auch die Antworten aus den Akten und den Zeugenbefragungen samt Fundstellen. Bei den beiden großen Fraktionen können sich die einzelnen Ausschussmitglieder die Fachbereiche aufteilen.

Die Obleute im Gespräch. In der Mitte Eckart von Klæden, CDU/CSU (Bild links).



Gleichzeitig gibt es jede Woche interne Sitzungen, bei denen der Erkenntnisstand ausgetauscht und das weitere Vorgehen besprochen wird. Von Klaeden: „Das ist immer open end“. Die Unions-Abgeordneten haben sich zudem nun auch schon mehrmals in Klausurtagungen am Wochenende mit der Materie befasst.

Ein Problem besteht nicht nur in der reinen Menge des Materials. Es gibt auch keine Garantie auf Vollständigkeit. Wie das Verfassungsgericht bestätigte, hat jede Bundesregierung das Recht, sich nicht in ihre allerinnersten Angelegenheiten, den so genannten „Kernbereich“, blicken lassen zu müssen. Doch wie ist das zu definieren? Gründliches Aktenstudium hilft den Abgeordneten nicht selten über Lücken hinweg. Denn meistens sind mindestens zwei Regierungsstellen an einem Vorgang beteiligt. Und was die eine möglicherweise als unbedingt geheimhaltungsbedürftig bewertet, sieht die andere vielleicht etwas lockerer. Davon zu unterscheiden ist die Klassifizierung von Akten. Was die Regierung als „vertraulich“ gestempelt hat, darf nur in speziell gesicherten Räumen eingesehen und aufbewahrt werden. Vorhaltungen aus diesen und aus Gerichtsakten zu laufenden Verfahren dürfen den Zeugen auch nicht in öffentlichen Sitzungen gemacht werden.

Jede Anforderung von Akten, jede Vorladung von Zeugen muss vom Ausschuss vorher beschlossen werden. Die entsprechenden Anträge gehen an das

Sekretariat, bekommen dort eine Nummer und werden, wenn sie rechtzeitig bis Donnerstag, neun Uhr, eingegangen sind, dann bei der nächsten Arbeitssitzung behandelt und in der beantragten oder einer veränderten Form beschlossen. Zudem gehen die Vorlagen an alle Ausschussmitglieder und sämtliche weiteren Beteiligten.

Das Sitzungsklima wird unterschiedlich wahrgenommen. Für die Koalitionsabgeordneten ist „klar, dass



Obmann Helmut Königshaus, FDP.

wir jeden Antrag akzeptieren, wenn er sich irgendwie mit dem Untersuchungsgegenstand in Verbindung bringen lässt“. So beschreibt es Scholz von der SPD, und er betont weiter: „Das ist ein Minderheitenrecht der Opposition. Da sind wir ganz entspannt, das werden wir nicht beeinträchtigen.“ Sein Kontrahent von Klaeden von der CDU/CSU hat sich inzwischen ein dickes Fell zugelegt: „Den Fahrplan bestimmt die Mehrheit, und da hat es keinen Zweck, sich zu sehr zu ärgern.“ Zügig abschließen will Rot-Grün die Untersuchung – und in jeder

Woche eine weitere Sitzung zur Aufklärung terminieren. Bei der Opposition rührt sich dagegen Widerspruch. Königshaus von der FDP sieht eine Überforderung der Abgeordneten, die sich schließlich auch noch um das ganz normale parlamentarische Geschäft kümmern müssten. Und von Klaeden hält es für „einen der ältesten Tricks in der Untersuchungsausschussgeschichte, die Opposition in Akten und Terminen untergehen zu lassen“.

Medienkritische Diskussionen

Heiß diskutiert schon im Vorfeld waren die beiden ersten ganztägigen Live-Übertragungen aus dem Untersuchungsausschuss. Die harschen Ablehnungen in der Presse fielen anschließend deutlich gedämpfter aus. Die Spartensender, die für viele Stunden das Fernsehsignal des Parlamentsfernsehens übernahmen, verzeichneten für ihre Verhältnisse traumhafte Marktanteile. Und was denken die Akteure selbst?

Der SPD-Politiker Scholz hat die Premiere vorangetrieben und sagt im Nachhinein: „Es hat sich bewährt“. Alles, was an medienkritischen Diskussionen im Vorfeld zu hören gewesen sei, habe sich nicht bewahrheitet: „Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes konnten sich als Fernsehzuschauer selbst ein Bild machen von dem, was die Zeugen sagten.“ Scholz sieht sogar eine „Ironie in der Geschichte“: Vorher habe man sich vor allem um die Zeugen besorgt geäußert, nun wisse man: „Das ist ihre große Chance, und

die haben sie auch genutzt.“ „Leidenschaftslos“ gibt sich von Klaeden von der CDU/CSU bei der TV-Frage. Er sieht es ebenfalls als positiv an, dass sich die Bürgerinnen und Bürger einen unmittelbaren Eindruck hätten verschaffen können, doch vermerkt er es zugleich als negativ, dass nach der Übertragung mehr über die Darstellung als über die Inhalte gesprochen werde.

„Ich war skeptisch“, erklärt Jerzy Montag von der Fraktion Bündnis 90/Grüne. Er wolle eben keine Entwicklung zu „Fernsehgerichtstagungen“ oder zu einer „Amerikanisierung“ der parlamentarischen Arbeit. Die größte Gefahr bestehe darin, dass das Hauptaugenmerk abgelenkt vom Inhalt zur Wirkung. Allerdings: „Die ersten Übertragungen haben meine negative Grundeinstellung nicht unterstützt. Das war doch ganz okay“.

Für den FDP-Vertreter Königshaus ist es „nie gut, Berichterstattung zu behindern“. Es existierten zwar Gefahren, dass sich durch die Übertragung der Charakter verändere, doch wer dann zu Fensterreden neige, müsse sich mit dem Effekt vertraut machen, dass das Publikum sehr wohl merke, was Inszenierung sei. „Das schlägt dann auf ihn selbst zurück.“ Im Übrigen habe die TV-Übertragung auch für die Berichtersteller von Presse, Rundfunk und Fernsehen einen bemerkenswerten Effekt: Deren Leser, Hörer und Zuschauer hätten die Chance, sich alles selbst anzugucken und mit dem zu vergleichen, was der Journalist transportiere.

Was die Zuschauer auch bemerkten: wie fleißig die Abgeordneten sind. Sitzungen von morgens um zehn bis nachts um zwei. Wie hält ein Politiker das durch? „Weil er es von vielen anderen Sitzungen in Parlament und Partei gewohnt ist“, lautet die einmütige Antwort. Scholz achtet darauf, zum Ausgleich genügend Bewegung zu bekommen. „Ich habe vor den Marathon-Sitzungen meinen Wahlkreis durchjoggt.“ Und von Klaeden achtet auf leichte Ernährung über den Tag hinweg. Und wie geht es weiter? „Die Luft ist raus“, unterstreicht die Koalition. „Wir fangen erst an,“ verkündet die Opposition.

„Man kann das durchaus wiederholen“

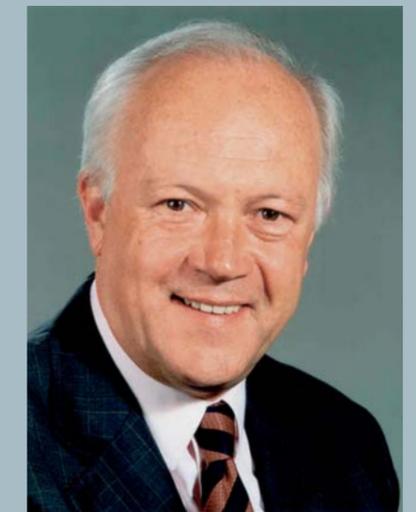
Interview mit dem Ausschussvorsitzenden Hans-Peter Uhl von der CDU/CSU-Fraktion.

Blickpunkt Bundestag: Wie beurteilen Sie nun nach den ersten fünf Monaten das parlamentarische Instrument „Untersuchungsausschuss“?

Hans-Peter Uhl: Es ist in der Tat eine Möglichkeit zur Wahrheitsfindung. Und zwar auch in einem hochkomplizierten Sachverhalt mit einer sehr verzweigten Bundesadministration. Denn wir Parlamentarier haben doch erhebliche Rechte. Wir können Akten beziehen, die vielleicht spät oder nicht vollständig kommen, die aber vielerlei Anhaltspunkte für kritische Fragen geben. Und die von uns dazu geladenen Zeugen müssen diese Fragen auch wahrheitsgemäß beantworten, sofern sie sich erinnern können.

Blickpunkt: Erstmals konnte eine größere Öffentlichkeit live das Ausschussgeschehen in zwei langen Sitzungen am Fernsehschirm verfolgen. Wie beurteilen Sie dieses Experiment?

Uhl: Es kam, wie es vorhersehbar war: dass die Showtalente natürlich Wirkung haben auf Menschen, die sich mit den Akten nicht vertraut machen konnten. Auf der anderen Seite hat man auch gesehen, dass ein Politiker, der zwölf Stunden redet, ohne viel zu sagen, sich auf seine Weise auch entlarven kann. Diese beiden Aspekte lassen mich unter dem Strich dann zu dem Ergebnis kommen, dass man es durchaus wiederholen kann, obwohl ich anfangs eher kritisch gegenüber Live-Übertragungen eingestellt war.



Blickpunkt: Sie haben einen schwierigen Job, Sie haben nämlich zwei Hüte auf: den des parteipolitisch engagierten Aufklärers aus der einen Richtung und den des zur Neutralität verpflichteten Vorsitzenden. Wie bringen Sie das zusammen?

Uhl: Zwei Hüte haben wir häufig auf. Denken Sie an den Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse, der ja, obwohl Parlamentspräsident, sehr wohl zu erkennen gibt, welcher Partei er angehört. Ich lege größten Wert darauf, bei aller Engagiertheit in der Sache, dass dieser Ausschuss formal korrekt abgewickelt wird, ohne eine Partei zu bevorzugen oder zu benachteiligen.

Das Gespräch führte Gregor Mayntz.
Foto: Deutscher Bundestag

Großes Medieninteresse bei der Anhörung des Außenministers.





Volker Beck ist Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. In seinem Büro findet man ihn nur selten. Er ist fast immer unterwegs.

Die ruhige Art, Geschäfte zu führen

Einem schönen Gruß von uns allen, wir fangen schon mal an“, sagt der Abgeordnete Volker Beck ins Handy. Die anderen sieben Leute im Raum rufen durcheinander, dass sie die Grüße an Biggi unterstreichen und sich wundern, wo sie denn nun bleibt, obwohl man sie doch vor ein paar Minuten noch gesehen hat? Dann kommt die Gesuchte zur Tür herein und sagt: „Mir musst du eine SMS schicken, Volker, das klappt am besten.“ Die Abgeordnete Birgitt Bender ist da, die Runde somit vollständig, und die **Beratung zum Gendiagnostikgesetz** kann endlich beginnen.

Zu diesem Zeitpunkt ist der Tag von Volker Beck schon fast vorüber. Er war lang für den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ein Montag ist es noch dazu, nach einem Sonntag, an dem er nicht ruhen konnte, sondern viel gearbeitet hat. Drei große Termine standen tags zuvor im Kalender des Abgeordneten und der dritte am Abend ließ nicht zu, dass er, wie sonst üblich, bereits am Sonntag nach Berlin reisen konnte. Das sei nun, gesteht der 44-Jährige, überhaupt nicht angenehm: so früh am Morgen in die Hauptstadt zu fliegen, gleich ins Büro zu hetzen und von da an bis in den späten Abend hinein keine Pause mehr zu haben. Ankommen am Sonntagabend, egal wie spät, und sich noch einlassen können auf die Stadt und die kommende Sitzungswoche – das sei auf jeden Fall besser.

Sei es drum, in dieser Woche ging es halt nicht, und den mit Terminen voll gepackten Montag hat Volker Beck auch so gut überstanden. Obwohl es sich an diesem Tag bei fast allen Terminen um „Mühen der Ebene“ handelte und nichts wirklich den Vermerk „erledigt und zu den Akten“ verdient. Das ist das Los eines Parlamentarischen Geschäftsführers: die Dinge immer im Fluss zu halten, sich aber damit arrangieren zu müssen, dass sie ihre Zeit brauchen.

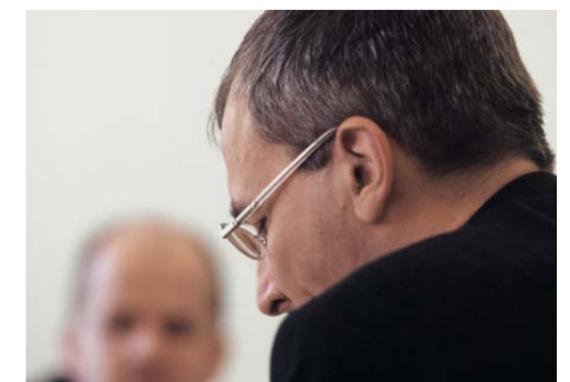
An diesem Montag also wird der Abgeordnete, wenn alles gut läuft, gegen 23 Uhr in seiner Wohnung in Berlin-Mitte sein, spät genug, denn der Dienstag fängt auf jeden Fall um acht mit dem ersten Termin an.

Nach der Beratung über das Gendiagnostikgesetz, die am Montagabend um halb neun beendet ist, steht noch eine Gesprächsrunde der **Parlamentarischen Linken** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf der Tagesordnung. Dann hat der Arbeitstag sein Ende. Dreizehn Stunden zuvor begann er im Bundestagsbüro und mit dem ersten Termin des Tages.

Kurz vor neun am Morgen ist Volker Beck da. Um sechs hatte ihn der Wecker in Köln aus dem Bett gerissen, da war es noch zu früh für ein richtiges Frühstück. Mit einer Tasse Tee ging es zum Flughafen. Im Flugzeug, das um 7 Uhr 15 startete, blieb wenigstens Zeit für die erste Zeitungslektüre. In Berlin-Tegel musste er feststellen, dass dies ein weiterer kalter Frühlingstag wird. Dafür allerdings ist der Abgeordnete gerüstet, er trägt einen Mantel über dem dunklen Nadelstreifenanzug und sorgt mit seiner Krawatte für jenes leuchtende Hellblau, das dem Himmel wieder einmal fehlt.

Um neun beginnt der **Geschäftsführende Vorstand der Fraktion** zu beraten. Die Runde findet in einem Besprechungsraum des Jakob-Kaiser-Hauses statt, von dem aus man auf die Brücke schauen kann, die zwei Häuser des Bundestages über die Spree hinweg miteinander verbindet. Die Symbolik stimmt also. An der Runde nehmen fünf Fraktionsmitglieder teil – die beiden Fraktionsvorsitzenden, der erste Par-

9.00 Uhr Der Geschäftsführende Vorstand der Fraktion tagt.



10.45 Uhr Treffen des Parteirates von Bündnis 90/Die Grünen.



12.00 Uhr Beratung im Bundesministerium des Innern zum Gendiagnostikgesetz.



14.00 Uhr Fachgespräch der Koalition über das Zuwanderungsgesetz.



lamentarische Geschäftsführer und seine beiden Stellvertreterinnen. Sie findet an jedem Montagmorgen einer Sitzungswoche statt und dient vor allem der Vorbereitung des „Koalitionsfrühstücks“ am Dienstag. Das heißt, es stehen immer gewichtige und oft schwergewichtige Themen auf dem Programm. Heute geht es um die Diskussion um das Waffenembargo gegen China, den Sachstand in einem großen Militärprojekt und den Ablauf der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus.

Nach dem Termin beweist Volker Beck zum ersten Mal, dass stimmt, was ihm nachgesagt wird: Erstens, er telefoniert unglaublich viel und zweitens, wenn man ihm auf den Fersen bleiben will, muss man schnell sein. Dass seine hoch gewachsene und schlanke Gestalt nicht zu übersehen ist, erleichtert allerdings die Verfolgung. Und eigentlich ist Volker Beck auch nicht zu überhören, denn obwohl er sich einer leisen und sehr ruhigen Sprache bedient, strahlt er doch immer jene Autorität aus, die Aufmerksamkeit bekommt, ohne sie ständig einfordern zu müssen.

Um kurz nach halb elf geht es vom Bundestag zum **Par-teirat**, der in einem Haus am Platz vor dem Neuen Tor tagt, unweit der Charité. Hier debattieren die Mitglieder des Gremiums über die Auswertung des Länderrates, auf dem auch Volker Beck am Wochenende war. Es geht um Dieselrußfilter, um die Umsetzung der Beschlüsse des Jobgipfels und um die geplante Anhörung des Außenministers im Untersuchungsausschuss. Draußen tummeln sich die Medienvertreter, verschwinden zwischendurch in ihren Ü-Wagen oder im Bistro nebenan, um kurz vor Ende der Beratung ihre Kamerateams wieder in Stellung zu bringen.

Volker Beck allerdings muss vor den angekündigten Statements für Presse und Fernsehen weg zum nächsten Termin, in das **Bundesministerium des Innern** an die Spree. Im Auto telefoniert der Abgeordnete wieder und im Ministerium trifft er dann vor dem Fahrstuhl Herrn Körper, mit dem er auch verabredet ist. Man redet sich schon mal ein wenig warm und nach drei Minuten schlägt Herr Körper vor, die Treppe zu nehmen, denn die Fahrstühle seien offensichtlich wegen der türkischen Staatsgäste blockiert. Elf Stockwerke, kein Problem. Die ganze Beratungsrunde, die sich inzwischen vor den Fahrstühlen eingefunden hat, macht sich auf den Weg. Im elften Stockwerk dann reden nur noch zwei Leute. Einer davon ist Volker Beck. Die anderen schweigen und atmen etwas laut.

Die Beratung findet zu jenem Thema statt, das auch am Abend auf der Agenda steht: ein geplantes Gendiagnostikgesetz, mit dem geregelt werden soll, wie künftig mit Informationen umgegangen wird, die durch Gentests gewonnen werden, wer sie nutzen und abfragen darf und wer nicht, wie der Einzelne geschützt werden kann und welche Interessen berücksichtigt werden müssen. Bis das Gesetzesvorhaben zum Entwurf gereift sein wird, ist noch ein schwieriger Weg zu bewältigen. Diskussionsbedarf besteht in vielen Gremien.

In dieser Runde geht es um die künftigen Regelungen in Bezug auf Landesbeamte – deshalb die Beratung mit Experten vom Innenministerium. Noch redet man über „Zukunftsmusik“, aber was jetzt nicht vernünftig geregelt wird, kann später Probleme verursachen. Wie zum Beispiel sollen künftig mögliche Interessen von Arbeitgebern oder Versicherungen an Auskünften über potenzielle Angestellte oder Kunden behan-

delt werden? Wie soll und darf die Forschung mit gewonnenen Daten umgehen, auf welchem Weg darf sie sie gewinnen?

Wie auch immer ein Gesetz das alles regeln wird, es betrifft dann viele Menschen und ihr ganz privates Leben. Denn es macht einen großen Unterschied, ob die Ergebnisse eines Gentests, etwa im Rahmen einer pränatalen Diagnostik, Privatsache bleiben oder von Dritten und für ganz andere Zwecke abgefordert werden können. Über all das muss man diskutieren und vernünftige Regelungen finden.

Eine wirkliche Annäherung oder gar ein Kompromiss kann in dieser Beratung, die in luftiger Höhe stattfindet, nicht gefunden werden. Andererseits sind alle Argumente für und wider eine explizite Ausweitung des Gesetzes auf Landesbeamte auf den Tisch gekommen und abgewogen worden. Auf dieser Basis kann an einem Entwurf weiter- und vor allem besser gearbeitet werden.

Volker Beck fährt zurück und telefoniert im Auto. Wie gehabt. Um 14 Uhr hat ein **koalitionsinternes Fachgespräch** begonnen, das sich mit ersten Erfahrungen bei der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes befasst. Die Akten zu diesem Thema nehmen im Büro des Abgeordneten Beck ein komplettes großes Regalfach ein. Es war ein langer Weg bis zur Verabschiedung des Gesetzes und Volker Beck hat im Vermittlungsausschuss für seine Fraktion die Verhandlungen geführt. Auch jetzt, da das Gesetz in Kraft ist und umgesetzt wird, gibt es noch Diskussionsbedarf. Das Fachgespräch ist gut besucht, und es entsteht eine rege Diskussion im großen Saal. Hin und wieder, wenn die Tür sich öffnet, dringen lautstarke Statements nach draußen, die große Leidenschaft für das Thema vermuten lassen.

Volker Beck muss um 15 Uhr schon wieder gehen, denn dann beginnt die **Runde des Fraktionsvorstandes**, bei der die Sitzungswoche detailliert vorbereitet und durchgesprochen wird. Nach zwei Stunden ist man fertig und der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Beck hat Zeit für ein wenig **Büroarbeit**. Vor allem aber für Telefonate. Die trübste Aussicht des Tages hat sich nicht bewahrheitet. Ins Büro scheint eine helle Frühlingssonne und malt Kringel auf Wände und Möbel.

Vielleicht tut sie das auch schon länger, und nur der Sitzungs-marathon hat verhindert, dass man es wahrnimmt und sich darüber freuen kann. Dies sei, sagt Volker Beck, ein ganz großes Manko in Sitzungswochen. „Die Termine lassen sich nicht entflechten, egal wie sehr man sich müht, man rennt einfach von einem wichtigen Tagesordnungspunkt zum nächsten. Und es gibt Tage, da schafft man es nicht einmal, die aktuelle Nachrichtenlage mitzubekommen.“ Im Büro hat die derzeitige Heimatstadt des Abgeordneten, geboren ist er in Stuttgart, gebührend Platz bekommen, ein Foto von Köln an der Wand und ein Papp-Dom im Regal signalisieren auch Verbundenheit mit der rheinischen Metropole.

Die Bürozeit von Volker Beck dauert bis kurz vor sieben. Dann geht es weiter – mit dem Thema **Gendiagnostikgesetz**. Das heißt, nicht gleich – denn erst mal muss der Schlüssel für den Raum und dann auch noch Birgitt Bender gefunden werden. „Einen schönen Gruß von uns allen, wir fangen schon mal an“, sagt der Abgeordnete Beck ins Telefon.

Text: Kathrin Gerlof
Fotos: studio kohlmeier

15.00 Uhr Sitzung des Vorstandes der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

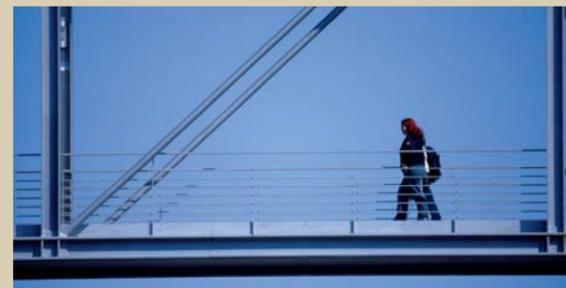
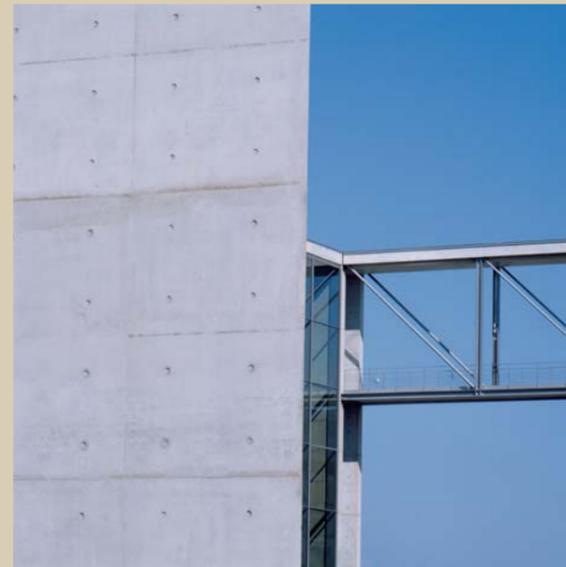


17.30 Uhr Büroarbeit.



21.00 Uhr Gesprächsrunde der parlamentarischen Linken.





Und bieten ausreichend Einsichten und Ausblicke. Das ist gut für die, die hinter ihnen arbeiten, und bestens für jene, die sie von außen betrachten.

Natürlich möchte man gern wissen, was hinter den Fassaden steckt. In diesen Fällen ist es einfach. Denn hinter diesen Fassaden spielen sich eine Menge öffentliche Angelegenheiten ab.

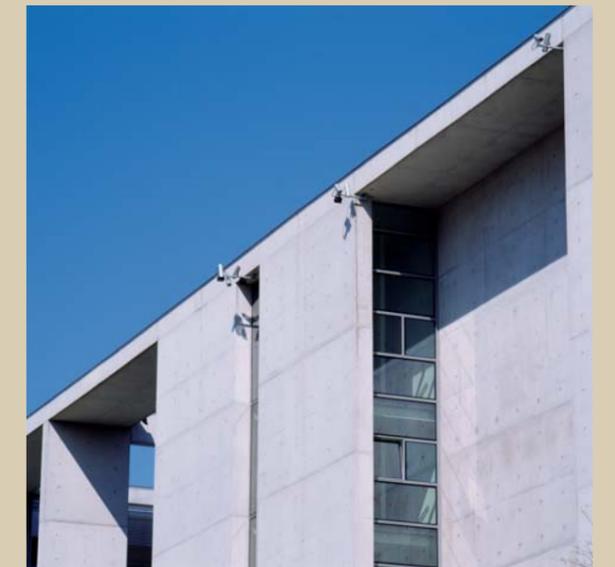
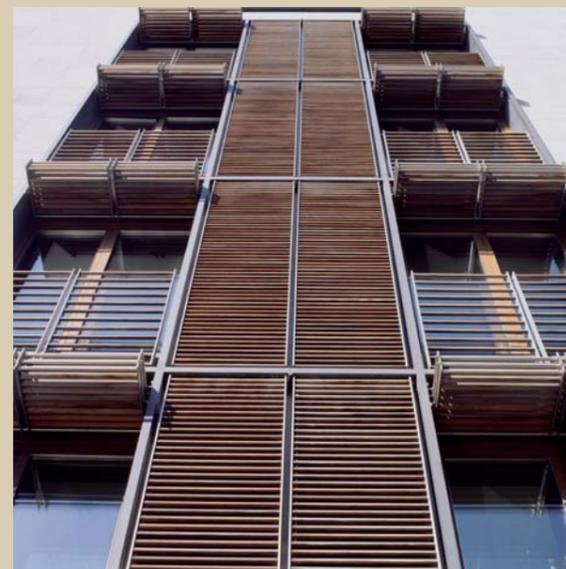
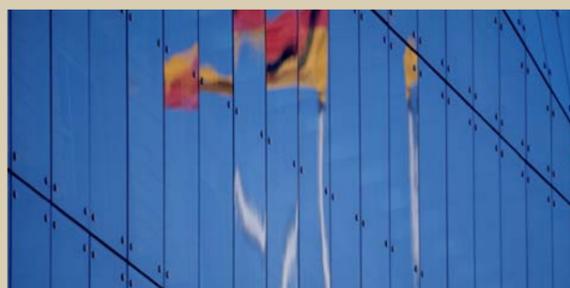
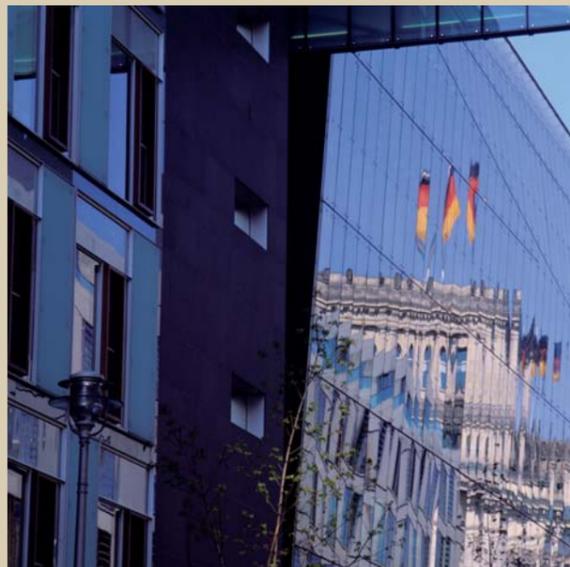
Politik – gute jedenfalls – funktioniert ja nur, wenn möglichst viele wissen, was gedacht, getan und beschlossen wird. Man muss seinen Abgeordneten auf die Finger schauen, zuhören und manchmal bei der Arbeit zusehen können. Solcherart Einblicke sind ausdrücklich erwünscht: von den Gewählten und den Wählenden.

Text: Kathrin Gerlof
Fotos: studio kohlmeier

F A S S A D E N

Gute Fassaden sind keine Verkleidung. Aber Schutz und Schmuck und Geschichte und Moderne sind sie wohl. Sie tragen viele Handschriften und verraten einiges über ihre Macher. Mögen die es gläsern und licht, sind sie für Zierde zu haben oder bevorzugen sie kühle Strenge, lieben sie Glas mehr als Beton oder beides gleichermaßen, ist ihnen die Gerade näher als geschwungene Linien?

Die Fassaden des Deutschen Bundestages und all seiner Häuser haben alles im Angebot. Aber beliebig sind sie nicht. Am Ende und zusammengenommen bilden sie ein beeindruckendes Ensemble.



Mut zum Ja, Mut zum Nein

Aufgezeichnet von Tobias Asmuth, Fotos: Photothek

>> MOBILMACHUNG

Aufgewachsen bin ich in einer ziemlichlichen Idylle. Munster in der Lüneburger Heide, eine schmucke Stadt mit vielleicht 19.000 Menschen. Da geht es beschaulich zu, Schwierigkeiten oder Streit gehen die Munsteraner lieber aus dem Weg. Daher war es für mich ein ziemlicher Schock, als ich erfahren habe, dass es nur ein paar Kilometer von Munster entfernt ein Schulungszentrum von Rechtsextremen gab. In Hetendorf am Rand der schönen Heide saßen Menschen und machten sich Gedanken, warum die Arier die besten Menschen auf der Welt sind. Unglaublich. Da gab es morgens Unterricht zur Rassenkunde und abends versammelten sich ordentliche blonde Vorzeigefamilien an großen Lagerfeuern. Für mich war schnell klar, dass ich dagegen was tun wollte. Das war 1996, damals war ich 18 Jahre alt, in der zwölften Klasse.

Ich bin also mit zwei Freunden auf eine Demonstration nach Hetendorf gefahren. Da haben wir mit anderen die Wege blockiert, damit die „Arier“ nicht zu ihrer Sonnenwendfeier auf das Gelände kommen. Das war uns aber nicht genug. Wir wollten irgendwie ein

nationalsozialistischen Propagandaschrott und fremdenfeindlichen Hass waren, aber sie wollten auch nicht aktiv was dagegen machen. Worüber man nicht spricht, das gibt es auch gar nicht – so in der Art. Gerade das Wegschauen hat uns aber motiviert, dranzubleiben. Wir haben mit den Leuten in unserer Schule gesprochen, Flugblätter verteilt, Plakate geklebt. Dann haben wir einen Informationsabend in einer Kneipe in Munster organisiert. Zu dem sind ungefähr fünfzig Leute gekommen. Die meisten waren so alt wie wir, das fanden wir gut. Wir hatten einen Mann von einer Bürgerinitiative aus Hetendorf eingeladen. Er hat darüber gesprochen, wie wir bei ihnen mitmachen könnten.

Bei unserem größten Erfolg aber hat uns der Zufall geholfen. Wir fanden heraus, dass die kleine, braune Propagandazeitung des Treffs in Munster gedruckt wurde. Wir sind also zu

dem Besitzer der Druckerei und haben ihn gebeten, das rechtsextreme Blatt nicht mehr zu drucken. Ich war natürlich nervös, so als kleiner Schüler im Büro des erfolgreichen Geschäftsmanns. Es war auch leider umsonst, weil der Mann erklärte, er drucke für jeden Kunden, es ginge schließlich ums Geschäft.

Die Haltung fanden wir nicht in Ordnung und haben deshalb eine Mappe zusammengestellt – mit Informationen über das Nazizentrum und mit Artikeln aus ihrer Hetz-Zeitung. Die haben wir an verschiedene Kunden des Druckers geschickt. Mit Erfolg. Einige haben ihre Sachen dann woanders drucken lassen. Zwei Jahre später wurde das Tagungszentrum vom niedersächsischen Innenministerium verboten. Auch wenn ich da schon in Hannover meinen Zivildienst gemacht habe, war das für mich eine tolle Sache, ein kleiner Sieg über das bequeme Nichtstun.



Lars Klingbeil, SPD, hat Nein gesagt zur Bequemlichkeit im Kampf gegen Rechtsextreme

Zeichen setzen. Natürlich gegen diesen Nazitreff, aber auch gegen die Bequemlichkeit der Menschen. Ich weiß, dass die meisten Leute in Munster und Hetendorf gegen solchen

Es gehört Mut dazu, gegen den Strom zu schwimmen, eigene Ängste zu überwinden, über den eigenen Schatten zu springen. Aber ist es „cool“, vorgesehene Wege zu verlassen, fördert es die Karriere, den Windschatten des Zeitgeistes zu vermeiden? Manchmal hat man keine Wahl. Etwa um sich gegen Rechtsextreme in der Heimatstadt zu wehren wie Lars Klingbeil oder um mit den Angehörigen von Holocaust-Opfern über die deutsche Vergangenheit zu sprechen wie Gisela Piltz. Arnold Vaatz hat 1989 die Stasi-Zentrale in Dresden besetzt und Irmingard Schewe-Gerigk stimmte trotz größter Gewissensvorbehalte für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr – um die Regierung zu retten.

>> DIE SCHWERE REDE

Während der Revolution in der DDR 1989 geschahen atemberaubende Dinge: Es gab volle Kirchen und lange Demonstrationen, die Rufe nach Freiheit und Demokratie und schließlich den Fall der Mauer. Lange aber gab die SED ihre wichtigsten Machtinstrumente nicht aus der Hand: Polizei, Armee und vor allem die unsichtbare Stasi. Wir Bürgerrechtler hatten eine große Sorge: Einerseits, dass es ohne Entmachtung der Stasi keinen endgültigen Sieg der Demokratie gäbe, andererseits, dass eine wirkliche Besetzung der Stasizentralen in einem Blutbad enden könnte.

Im November kamen in Dresden Gerüchte auf, dass die Stasi im großen Stil Akten schreddern würde. Kein Zweifel: Beweismittel für die Verbrechen der Stasi sollten vernichtet werden. Oppositionelle aus der Gruppe der 20 und dem Neuen Forum forderten die Staatsanwaltschaft auf, die Akten sicherzustellen. Außerdem riefen wir zu einer Demonstration vor dem Dresdner Stasigebäude auf. Wir hatten kein Vertrauen in die Behörden und den Beteuerungen des Stasichefs, die Aktenvernichtung einzustellen, konnten wir sowieso nicht glauben.

Schon gegen Mittag des 5. Dezembers drängelten sich vor der grauen Mauer des Stasigeländes viele Menschen. Die Stasiposten verweigerten den Bürgern den Zutritt. Als aber nur kurz das Tor aufging, drängelte ich mich mit ein paar Leuten auf den Hof. Drinnen gab es lange Gespräche zwischen uns Bürgerrechtlern, den Staats-

anwälten und den Stasioffizieren. Schließlich setzten wir uns durch und bekamen das Recht, alle Räume zu inspizieren und alle Akten, Schränke und Schreibtische zu versiegeln.

Es wurde kritisch, als es plötzlich hieß, dass hunderte Demonstranten auf das Gelände drängen würden. Die Lage schien zu eskalieren. Die Stasileute fühlten sich bedroht, wir hatten Angst, dass sie die Waffenkammern öffnen könnten. In der aufgeheizten Atmosphäre entschloss ich mich, ohne Mikrofon eine kurze Ansprache zu halten. Ich rief in die Menge, dass unsere Sache gewonnen sei, dass keine Akten mehr vernichtet würden, aber die Stasileute beunruhigt seien und es keine Eskalation geben dürfe. Ich beschwor die Leute, keine Gewalt anzuwenden. Ich bat sie, als Zeichen des guten Willens für eine Viertelstunde den Hof zu verlassen. Nach einigen Minuten war der Hof tatsächlich ziemlich leer. Jetzt war klar, es würde alles friedlich ausgehen. Als ich wieder nach oben in das Gebäude ging, schlotterten mir immer noch die Knie. Die Stasileute wurden dann abends in Bussen vom Gelände nach Hause gefahren. Wir Bürgerrechtler haben die Stasizentrale die nächsten Tage besetzt gehalten. Unsere Freude und unsere Erleichterung waren riesengroß.

Arnold Vaatz, CDU/CSU, hat 1989 die Stasizentrale in Dresden besetzt.



>> VERANTWORTUNG



Es war ein toller Urlaub, ein Strand auf Hawaii, kilometerlang, mit einer starken Brandung, mein Freund ging sofort surfen. Leider begann es, von jetzt auf gleich zu regnen. Alle Leute sammelten sich unter einer Holzhütte am Strand, nur mein Freund blieb noch draußen wegen der Wellen. Amerikaner sind unkomplizierte Leute. Ich mag das und war nicht überrascht, als ein Mann um die vierzig auf mich zukam und fragte, ob ich an der Yale-Universität studiert hätte, weil ich ein Yale-T-Shirt trug. „Leider nein“, antwortete ich. „Macht nichts“, sagte er und lachte, „ich auch nicht“. Wir haben uns dann lange über Hawaii unterhalten und über die Menschen auf den Inseln.

Dann kam mein Freund an den Strand zurück, und ich begrüßte ihn auf Deutsch. Da merkte ich schon, dass mein amerikanischer Gesprächspartner zu Stein wurde, irgendwie ahnte ich auch warum. „Kommen Sie aus Deutschland“, fragte er. Als ich ja sagte, meinte er, dass er sich dann nicht länger mit mir unterhalten könne: „Meine Eltern waren in einem KZ.“ Ich habe noch gesagt, dass ich doch derselbe Mensch wie vor drei

Gisela Piltz, FDP, ist der deutschen Vergangenheit nicht ausgewichen.

Minuten sei, aber er ist sofort gegangen. Es war eine komische Sache, ich fühlte mich verletzt, gleichzeitig habe ich den Mann auch verstanden. Ich denke, die Opfer des Holocausts und auch ihre Kinder haben das Recht, mit ihren Erfahrungen so umzugehen, wie sie es für richtig halten.

Es wäre natürlich leicht gewesen für mich zu sagen: Nein, ich komme aus der Schweiz. Fertig und aus. Was

hat die deutsche Geschichte in meinem Urlaub zu suchen? Aber ich wollte meine Herkunft nicht verleugnen. Nicht weil ich stolz bin, eine Deutsche zu sein. Ich fand den Satz immer ein wenig albern. Worauf soll ich stolz sein? Dass ich einen deutschen Pass habe, dafür kann ich nichts, höchstens meine Eltern. Ich denke nur, dass niemand seine Verantwortung für die Vergangenheit leugnen kann. Leider haben das die Deutschen lange genug nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs getan. Heute aber setzen wir uns mit unserer Geschichte auseinander. Das finde ich richtig und gut.

Dass Deutschland nicht vor der Nazizeit die Augen zumacht, versuche ich auch den Leuten zu erklären, wenn ich ins Ausland reise. Darin sehe ich nicht meine Mission, aber ich werde eben oft von Menschen in Europa oder Amerika darauf angesprochen, wie es jetzt in Deutschland ist. Ich selbst denke, dass für mich neben dem Unterricht über den Nationalsozialismus in der Schule auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Familie eine große Rolle gespielt hat. Ein Großvater ist im Krieg gefallen, der andere war ein NSDAP-Mitglied. Vielleicht ist für mich deshalb klar, dass keiner vor der Vergangenheit fliehen kann. Darum finde ich auch den Spruch „Jetzt muss aber mal Schluss sein“ schlimm. Wenn man seine Vergangenheit annimmt und sich damit beschäftigt, dann hört das nicht einfach auf – auch nicht am Strand, wenn es gerade praktisch wäre.

Ich hatte dann auf der Reise in New York auch noch ein sehr schönes Erlebnis. Als wir in einer jüdischen Bäckerei Kaffee tranken, hat sich eine alte Frau zu uns gestellt und auf Deutsch gesagt: „Sie kommen aus Deutschland, das ist aber nett. Aus welcher Stadt denn genau?“

>> DER KONFLIKT

Jeder Politiker und jede Politikerin hat ein paar feste Überzeugungen, die für ihn oder sie unumstößlich sind, die vielleicht der Grund sind, weshalb er oder sie überhaupt in die Politik gegangen sind. Daran habe ich überhaupt keinen Zweifel und für mich war immer klar: Ich bin gegen Gewalt und Krieg. Pazifismus ist eine ganz wichtige Haltung in meinem Leben, die mich neben dem Eintreten für Menschenrechte in meine Partei „Die Grünen“ geführt hat. Und selbst als sich meine Partei 1998 nach harten Diskussionen entschlossen hatte, für den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo-Krieg zu stimmen, habe ich bei der Abstimmung im Bundestag mit Nein gestimmt. Es stand für mich fest, dass ich in dieser Frage meinem Gewissen und nicht der Linie meiner Partei folgen musste.

Als dann im November 2001, als Antwort auf den 11. September, über den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Bundestag abgestimmt wurde, war ich mir sicher, dass ich wieder mit Nein stimmen würde. Dann aber geriet ich in die schwierigste Situation in meinem Leben als Politikerin. Mit mir wollten acht Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen mit Nein stimmen. Das hätte bedeutet, dass die Regierung keine eigene Mehrheit zusammenbekommen würde. Unsere acht Stimmen hätten den Militäreinsatz aber gar nicht verhindern können, weil die Opposition aus CDU/CSU und FDP auch mit Ja stimmen wollte.

Trotzdem wuchs in den Tagen vor der Abstimmung der Druck auf die Regierung. In den Medien hieß es, wer in einer solchen Frage keine eigene Mehrheit habe, sei gescheitert.

Bundeskanzler Schröder hat daraufhin die Abstimmung über den Einsatz in Afghanistan mit der Vertrauensfrage verknüpft. Das hieß: Entweder er bekommt die Mehrheit oder die Regierung ist am Ende. Für mich bedeutete diese Verknüpfung ein schlimmes Dilemma: Ich war immer noch gegen den Militäreinsatz, gleichzeitig wollte ich nicht meine Regierung stürzen. Hatte ich das Recht, als einzelne Abgeordnete die Koalition zu beenden, obwohl Koalitionen von Fraktionen geschlossen werden? In den kommenden Nächten habe ich sehr schlecht geschlafen und viel gegrübelt. An einem frühen Morgen teilte ich der Gruppe mit, dass ich die Entscheidung für ein Koalitionsende der Fraktion überlassen wolle und mit „Ja“ stimmen werde. Drei weitere folgten mir.

Ich bin danach von Lehrern in ihre Klassen eingeladen worden, weil auf dem Lehrplan im Politikunterricht

gerade stand: „Der/die Abgeordnete ist nur seinem/ihrer Gewissen verpflichtet.“ Das waren für mich wirklich harte Diskussionen. Die Schülerinnen und Schüler haben mich immer wieder gefragt: „Wenn Sie gegen Bomben und Gewalt sind, dann müssen Sie doch auch mit Nein stimmen.“ Das stimmt natürlich, aber ich habe dann auch geantwortet, dass mein Gewissen eben zwei Entscheidungen treffen musste: eine gegen den Krieg und eine für meine Regierung. Viele haben meinen geteilten Gewissenskonflikt verstanden, aber nicht alle haben deshalb mein Ja akzeptiert. Denn natürlich ist die Entscheidung für oder gegen einen Kriegseinsatz die existenziellere Frage.

Ich bin mir aber immer sicher gewesen, dass ich mit Nein gestimmt hätte, wenn es die Chance gegeben hätte, den Einsatz der Bundeswehr zu verhindern. Gleichzeitig hoffe ich heute, dass ich nie wieder in eine solche Lage komme.

Irmgard Schewe-Gerigk, Bündnis 90/Die Grünen, ist gegen jeden Krieg – und hat trotzdem für den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr gestimmt.





Ein Praktikum mit Folgen

Xenia Solovyeva nimmt an den Internationalen Parlamentspraktika des Bundestages teil. Sie ist glücklich über diese Möglichkeit und die damit verbundenen Bildungsangebote.

Trotz aller Aufregung ringsum wirkt die junge, groß gewachsene Frau mit den hochgesteckten blonden Haaren gelassen. Nur manchmal verrät ein kleines, nervöses Lächeln, dass auch sie nicht unbeeindruckt ist von diesem Tag und allem, was heute beginnt. In ein paar Minuten wird sie auf ihren eleganten hochhackigen Schuhen im Hörsaal A nach vorn gehen, um sich und ihr Land vorzustellen: „Mein Name ist Xenia Solovyeva“, wird sie sagen. „Ich komme aus Kasachstan ...“

Im Henry-Ford-Bau der Freien Universität Berlin geht es an diesem Tag im März fröhlich laut zu. 97 junge Menschen aus 21 Ländern, vorrangig jungen europäischen Demokratien, sind gekommen, um sich begrüßen zu lassen, sich vorzustellen und einzustimmen auf einen fünfmonatigen Aufenthalt in Deutschland.

In der Eingangshalle warten die Stipendiatinnen und Stipendiaten aus Kasachstan und Georgien auf die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Beide Länder nehmen zum ersten Mal an diesem Programm teil, das sich Internationale Parlamentspraktika (IPP) nennt. Deshalb wird es diesen Fototermin geben. Doch die Vizepräsidentin, Susanne Kastner, steckt im Stau. Dann aber kommt sie endlich, und alles läuft ganz fröhlich und unkompliziert ab. Es wird viel gelacht, die Abgeordnete bekommt kleine Geschenke aus den Heimatländern der Gäste, sie stellt Fragen, und fast geriet man ins Plaudern, wenn nicht die Zeit drängte und das Programm so voll wäre.



Mit auf das Foto kommt auch die 25-jährige Xenia Solovyeva. Gerade erst ist sie zur Sprecherin ihrer fünfköpfigen Landesgruppe gewählt worden. Eine gute Wahl, meint man, schon allein vom Anschauen und ersten Gespräch her. Xenia ist eine freundlich zugewandte, gut aussehende und selbstbewusste junge Frau. Und sie kennt Deutschland, schließlich hat sie im bayerischen Eichstätt Journalistik studiert. Nach dem Studium ging sie wieder zurück nach Almaty, der lange wirklichen und nun noch immer heimlichen Hauptstadt Kasachstans, um dort bei einer deutschen Firma als Übersetzerin zu arbeiten.

Im Hörsaal A sitzen inzwischen die Stipendiatinnen und Stipendiaten, mehr Frauen als Männer, und dann beginnen die Reden und Begrüßungen und somit offiziell das IPP, finanziert vom Deutschen Bundestag und in diesem Jahr unter dem Vorsitz der Freien Universität Berlin und in Zusammenarbeit mit der Humboldt- und der Technischen Universität.

Xenia stellt als eine von 21 Sprecherinnen und Sprechern ihr Land und ihre Gruppe vor. In diesen zwei Stunden wird im Hörsaal viel gelacht und geklatscht, denn die Vorstellungen sind eine Mischung aus kurzweiligem politischen Exkurs in das jeweilige Land und Hohelied auf seine menschlichen und touristischen Attraktionen. Versprochen wird, dass in den kommenden Monaten jede Gruppe einen Länderabend gestaltet, bei dem man sich besser kennen lernen und alle Register ziehen kann, wenn es um Werbung für das Heimatland geht.

Lockere Atmosphäre bei der Vorstellung der 21 Länder.



Xenia Solovyeva präsentiert ihr Land.



Im Hörsaal in der Freien Universität Berlin.

„Mein Name ist Xenia Solovyeva. Ich komme aus Kasachstan.“



Schulung in der Friedrich-Ebert-Stiftung.



„Ich genieße
mein Praktikum
wirklich in
jeder Minute.“

Einblicke in die Parlamentsarbeit.



22 Menschen

Versprochen ist auch, das sagen viele, dass man sich der Ehre, an diesem Programm teilnehmen zu können, würdig erweisen wird. „Wir möchten Ihnen dabei helfen“, sagt der Bundestagsabgeordnete und Hauptberichtersteller für das IPP, Wolfgang Börnsen, zur Begrüßung, „dass Sie sich zu Hause, in Ihren Demokratien engagieren. Wir wollen, dass Sie Freunde unseres Landes bleiben. Sie sind hier in der Werkstatt der Demokratie, im Parlament. Es ist ein großartiges Gefühl, Sie hier zu sehen.“

Und es ist ein großartiges Gefühl, dabei zu sein. Das sagen die jungen Frauen und Männer aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Frankreich, Georgien, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien und Montenegro, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, der Ukraine, Ungarn und den USA. 1.900 Bewerberinnen und Bewerber gab es insgesamt. Sie sind die 97, die es geschafft haben. Und alle verbinden mit diesen Monaten in Deutschland große Pläne. Für jetzt und später.

Auch Xenia verbindet mit dem Praktikum dieses Gefühl: Hier fängt die Zukunft an. Sie ist auf alles neugierig. Und alles bedeutet viel, denn das IPP ist eine einzige große Bildungsreise.

In den ersten Wochen nehmen sich vier große Parteistiftungen der Stipendiatinnen und Stipendiaten an. Damit es möglichst effektiv für alle wird, sind vier Gruppen gebildet worden. Für Xenia, die zur Gruppe 4 gehört, beginnt das Programm in der Heinrich-Böll-Stiftung in Dresden. Eine

Stadt, die sie sehr beeindruckt, wie sie nach der Rückkehr sagt. Ebenso die Stiftung, in der es, wie sie beschreibt, fast nur vegetarisches Essen gibt und in der kaum ein Mann eine Krawatte trägt. „Es geht locker zu, das hat mir gefallen, und das Programm war anspruchsvoll.“

Auf die Böll-Stiftung folgt die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin, da trifft man die junge Frau wieder. Noch immer haben ihre Schuhe hohe dünne Absätze und sie sagt, das ginge auch gut in der Stadt, obwohl die Wege ziemlich weit seien. Außerdem trügen die Frauen in ihrem Land eben am liebsten hochhackige Schuhe. Inzwischen kennt Xenia Berlin schon ein wenig besser, auch im Wohnheim in der Rheinstraße haben sich alle eingelebt.

Diese ersten vierzehn Tage waren aufregend und ein wenig hektisch, jetzt beginnt so etwas wie Alltag, wenn auch keine Routine. Xenia findet die Stadt wunderbar: „Sie ist offen und auf eine besondere Weise gemütlich. Wir waren im Tiergarten und an der Siegessäule und haben einfach nur die Menschen beobachtet. Alles ist schön, finde ich. Man muss ständig nachdenken, weil man so viele Impulse bekommt. Ich genieße mein Praktikum wirklich in jeder Minute.“

In die Zeit der Stiftungen fällt auch noch eine Reise nach Brüssel, um das Europäische Parlament kennen zu lernen. Nach Brüssel geht es nach Gummersbach in die Friedrich-Naumann-Stiftung. Hier wird das Programm – es gefällt Xenia übrigens am besten von



allen – kombiniert mit Ausflügen in die Natur und Exkursionen in nahe gelegene Orte und Regionen. Am 18. April dann, mehr als einen Monat nach der Ankunft in Berlin, beginnt das dreimonatige Praktikum im Bundestag. Xenia kennt ihren Abgeordneten und Mentoren, Wolfgang Börnsen, bereits gut. Er hat sich als einer der Berichterstatter des Programms stets über den Fortgang der Dinge auf dem Laufenden gehalten. Inzwischen haben sich auch die Sprecherinnen und Sprecher der Länder zu einer ersten Auswertung getroffen und befunden, dass alles gut organisiert ist und wunderbar läuft. Man hat sich zusammengefunden, über alle Ländergrenzen hinweg. Samstags wird jetzt oft in gemischten Mannschaften Fußball gespielt, und die ersten Länderabende sind in Vorbereitung.

Während der Praktikumsmonate im Bundestag wird man sich nicht mehr so oft sehen, jede und jeder hat bei seiner oder seinem Abgeordneten ausreichend zu tun. Xenia ist gleich an den ersten Tagen mit Aufträgen versorgt worden, außerdem muss sie sich langsam Gedanken über ihre Abschlussarbeit machen. Sie will nicht einfach nur einen Bericht über das Praktikum abgeben, sondern ein politisches Thema wählen. Xenia wird in diesen Monaten Ausschuss- und Plenarsitzungen besuchen, Arbeitskreise der CDU/CSU-Fraktion, der ihr Mentor angehört. Ihr Abgeordneter wird sie zu Terminen mitnehmen, und nach und nach wird sie so eine Vorstellung von den Abläufen im Bundestag bekommen.



Am 20. April nimmt Xenia zum ersten Mal an einer Ausschusssitzung teil. Und sie kommt in Schuhen mit flachen Absätzen. Darauf angesprochen, lacht sie und sagt: „Die Stadt hat gewonnen, es ist wirklich bequemer so.“

Die Zwischenbilanz fällt für die junge Russin aus Kasachstan mehr als gut aus, und sie beginnt schon jetzt, darüber nachzudenken, wie es nach dem Praktikum weitergehen könnte. Es ist, das weiß sie bereits jetzt, eine Zäsur in ihrem Leben, vor allem in ihrer beruflichen Entwicklung. Man bekomme so ein Gefühl, sagt sie, dass einem alle Türen offen stehen. Dass man wählen kann. Ein unglaublich gutes Gefühl sei das.

Schaut man sich einmal an, was aus früheren Bundestagspraktikanten geworden ist, muss man sagen, dass dieses gute Gefühl ganz gewiss nicht trügt. Aus den „Ehemaligen“ sind Regierungsmitglieder, Botschafter, Attachés, Journalistinnen, Leiterinnen von Ministerbüros, Bürgermeister, Pressereferentinnen, Unternehmerinnen, Direktoren, Anwältinnen geworden. In Vereinen ehemaliger IPP'ler bleiben sie vor Ort miteinander und mit der jeweiligen Deutschen Botschaft in Kontakt.

Viele von ihnen sind der Beweis dafür, dass ein Programm wie das IPP unschätzbare Dienste für eine gute Zusammenarbeit zwischen Menschen verschiedener Nationen leistet. Es schafft einfach gute Verbindungen, die Verstand und Herz gleichermaßen ansprechen.

Text: Kathrin Gerlof
Fotos: studio kohlmeier

IPP in Kürze

Das vom Bundestag finanzierte IPP gibt es seit 21 Jahren. Mehr als hundert Abgeordnete engagieren sich dafür, indem sie in der fünfmonatigen Ausbildung die „Patenschaft“ über eine Praktikantin oder einen Praktikanten übernehmen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten ein Stipendium von monatlich 511 Euro aus den Haushaltsmitteln des Bundestages. Die Unterkunft ist frei. Voraussetzungen für die Teilnahme sind Politikinteresse, gute Deutschkenntnisse und ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Ausgewählt werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Zusammenarbeit mit den drei Berliner Universitäten, den deutschen Botschaften und den Parlamenten in den jeweiligen Ländern.

Im ersten Monat erfolgt durch die Partneruniversitäten eine Einführung ins akademische Leben und durch den Bundestag eine in die parlamentarische Arbeit. Es schließen sich Seminare in den politischen Stiftungen des Landes an. Drei Monate absolvieren die jungen Hochschulabsolventen dann ein Praktikum im Büro einer oder eines Bundestagsabgeordneten. Parallel dazu läuft ein wissenschaftliches Begleitprogramm der drei Berliner Hochschulen.

Weitere Informationen unter www.bundestag.de (Dialog).





Wann war's – wer war's?

Lesen Sie Michael S. Cullens Episode aus der Geschichte des Reichstagsgebäudes, beantworten Sie seine Frage und gewinnen Sie eine Reise nach Berlin. FOTOS: STUDIO KOHLMEIER, DEUTSCHER BUNDESTAG

Verhüllung mit Hindernissen

Zehn Jahre ist es her, dass das Künstlerpaar Christo und Jeanne-Claude das Reichstagsgebäude für zwei Wochen mit riesigen Tuchbahnen vollständig einpackte. Zehntausende Menschen pilgerten im Sommer 1995 zu dem verhüllten Gebäude des Parlaments und staunten über diese einzigartige Kunstaktion. Dass es dazu kam, daran bin ich selbst nicht ganz unschuldig. Denn im August 1971 schrieb ich eine Postkarte an Christo und Jeanne-Claude. Diese Karte sollte einen Stein ins Rollen bringen.

Doch der Reihe nach: An einem Sommertag erhielt ich Besuch von dem amerikanischen Maler John Gabriel, der auf dem Weg in die USA war, um einem Freund beim Filmen eines Christo-Projektes zu helfen. Ich bat John damals, Christo eine Postkarte von mir mitzubringen. Mit dieser Karte wollte ich Christo, den ich damals nicht persönlich kannte, für eine Projektidee begeistern: Ich schlug ihm vor, das Reichstagsgebäude zu verpacken.

John reiste in die USA, verkrachte sich in Colorado mit dem Filmemacher und reiste unverrichteter Dinge wieder ab. Aber er schrieb einen Brief an Christo und Jeanne-Claude und erzählte von meiner Idee. Einige Wochen später erhielt ich Post: Christo und Jeanne-Claude schrieben, sie würden sich gern mit mir treffen. Und das taten wir bald darauf – in Zürich am 4. Dezember 1971. Doch Christo und Jeanne-Claude mussten noch 20 Jahre warten: Erst mit der deutschen Wieder-

vereinigung konnten die Pläne konkret werden. Kurz nach dem Bundestagsbeschluss im Jahre 1991, das Parlament und die Regierung nach Berlin zu verlegen, machte der Abgeordnete Friedbert Pflüger einen Vorschlag: Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth solle Christo das Reichstagsgebäude verhüllen und als Bundestag auspacken lassen.

Als Pflüger mir erzählte, dass Frau Süßmuth nicht abgeneigt sei, bat ich sofort um einen Termin bei der



Blick auf das von Christo und Jeanne-Claude verhüllte Reichstagsgebäude.

Bundestagspräsidentin. Am 1. Juli 1991 trafen wir uns in Bonn. Frau Süßmuth sagte mir, dass sie das Projekt gern realisieren ließe. Es käme allerdings nicht allein auf sie an, sondern auf den Bundestag. Außerdem bat sie mich, Christo nichts zu sagen – dieser, befürchtete sie, könnte enttäuscht sein, wenn das Projekt scheiterte.

Ich dachte nach und entschied, Christo doch zu informieren. Gegen-

über Frau Süßmuth begründete ich das so: Erstens würde ich Christo seit 20 Jahren kennen, sie hingegen gerade erst 60 Minuten. Außerdem sei Christo erwachsen und habe schon viele Enttäuschungen erlebt. Und zudem müsse Christo der Erste sein, der davon erfährt.

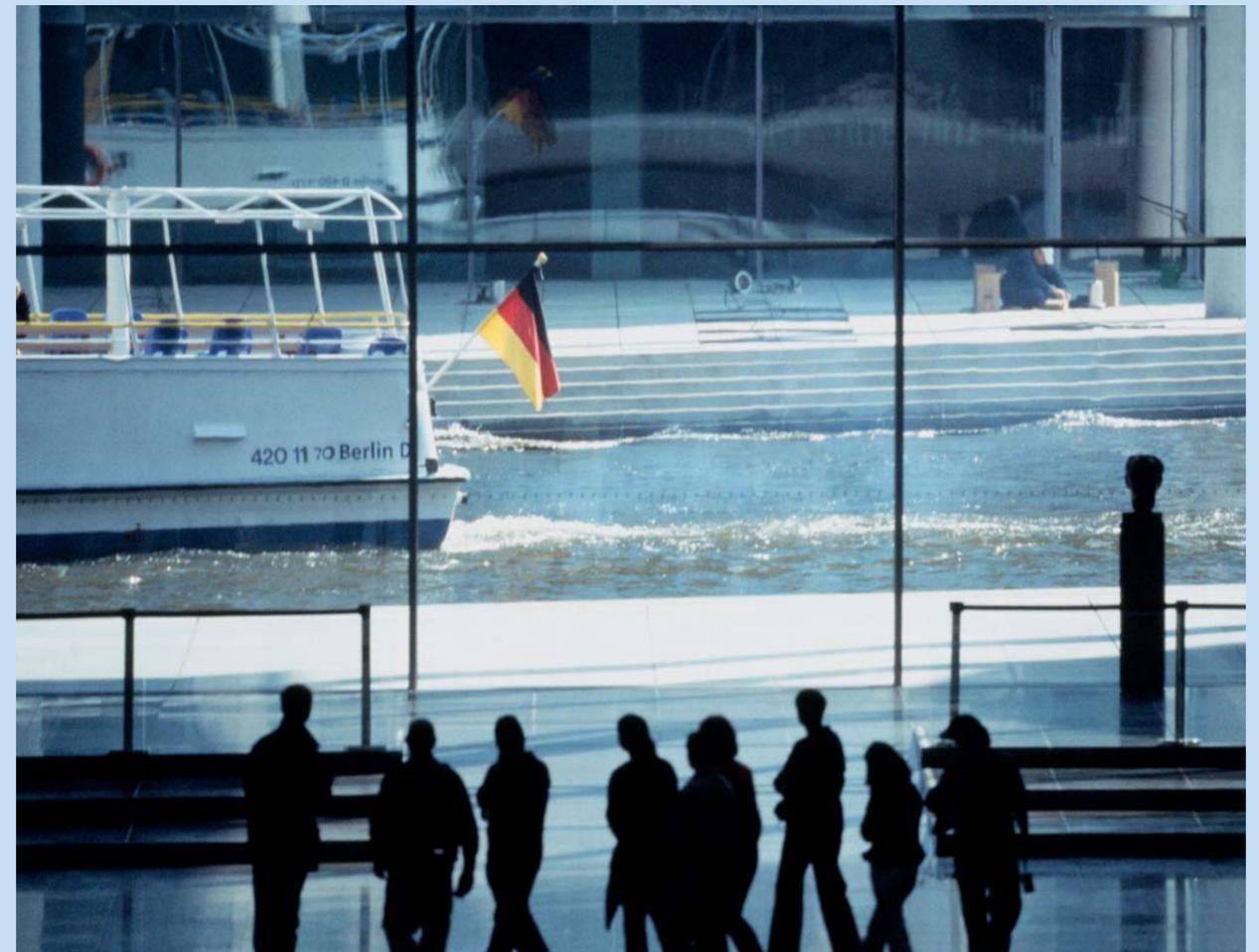
Als ich Christo anrief, glaubte er mir zunächst nicht – so fest war sein Panzer gegen Enttäuschungen. Nun wollte ich Christo und Jeanne-Claude mit Frau Süßmuth zusammenbringen.

Im Dezember 1991 bekam ich endlich Nachricht von ihr. Sie würde Christo und Jeanne-Claude einladen, wenn sie sicher sein könne, dass die Künstler wirklich kämen. So rief ich Christo in New York an und fragte, ob er einer Einladung folgen würde. Er antwortete völlig überraschend: „Nein!“

Ich war vor den Kopf gestoßen. Doch dann fragte er: „Wenn wir kämen, gäbe sie uns die Genehmigung, das Reichstagsgebäude zu verhüllen?“ Ich antwortete: „Schwer zu sagen. Aber wenn ihr nicht kommt, könnt ihr das Projekt vergessen!“ Das leuchtete ihnen ein und sie sagten zu. Am 9. Februar trafen sich Rita Süßmuth, Christo und Jeanne-Claude in Bonn. Das Projekt hatte endlich eine engagierte Fördererin gewonnen.

Die Preisfrage lautet: Was antworteten Christo und Jeanne-Claude zuerst auf die Frage, ob sie die Einladung von Rita Süßmuth annehmen würden?

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 15. Juni 2005.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 3/05 lautet: Die sowjetische Flagge wurde 1945 nach der Eroberung Berlins durch die Rote Armee auf dem Südostturm des Reichstagsgebäudes gehisst. Eine Reise nach Berlin hat Gudrun Schubert aus Dresden gewonnen.



Seemannsgarn im Parlamentsviertel

Im Sommer herrscht Hochbetrieb auf der Spree. Besonders beliebt sind die Touren vorbei an den Häusern des Bundestages, denn vom Schiff sieht die Welt ganz anders aus. Auch die der Politik.

Fotos: studio kohlmeier

Mit den ersten Sonnenstrahlen erwachen sie aus dem Winterschlaf: die Ausflugsschiffe auf der Spree, die fröhliche Menschenmassen durch die Mitte Berlins schippern. Tag für Tag fahren sie durch das Regierungsviertel, die „Carola“, der „Alexander“ oder die „Spree Comtess“. Bei Sonnenschein sind sie vollbesetzt, an Deck wird geplaudert und berichtet, gewitzelt und geschimpft, gelacht und resümiert.

Die kürzeste und beliebteste Tour, eine Stunde durch das historische und das neue Berlin, kostet meist weniger als eine Kinokarte. Mehr als acht Euro zahlt man für die gute Stunde nicht. Also drängeln sich die Menschen an den zahlreichen Anlegestellen, setzen sich aufs Oberdeck, schlingen sich die Pullover um den Hals – Wasser ist Wasser, da weht immer ein Lüftchen – und lassen sich unterhalten.

Die vollbesetzten Dampfer tuckern vorbei an den Abgeordneten, die in den Häusern des Bundestages, in ihren Büros oder in Tagungsräumen sitzen und Politik machen. Manche von ihnen, und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundestages ebenso, haben beim Arbeiten die Spree vor Augen, die das „Band des Bundes“, dessen Struktur dem Lauf des Wassers folgt, teilt und vereint.

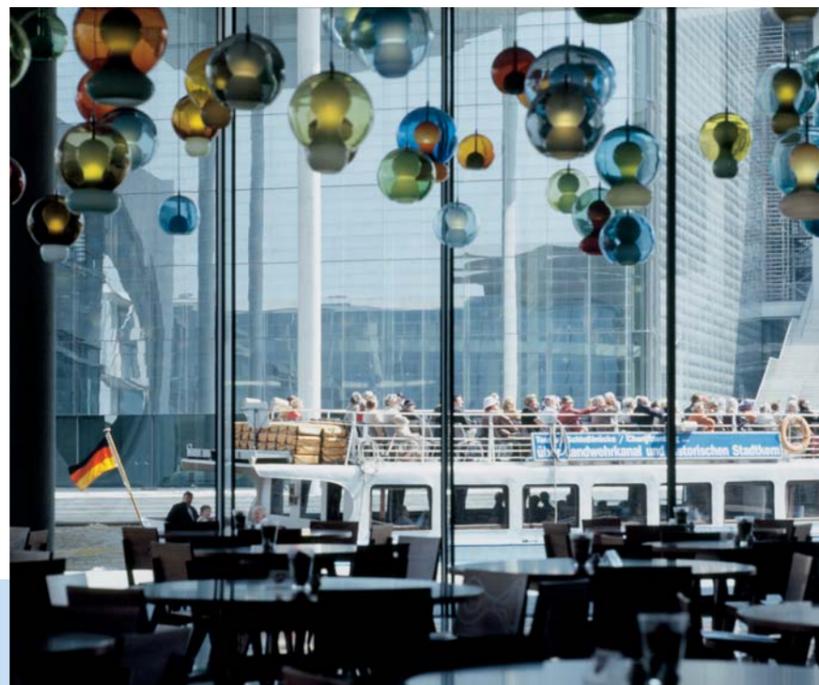
Wenn sie ihre Fenster aufmachen, dringt manchmal, bei günstigem Wind, eine Kakophonie von Wort- und Satzketten in ihre Büros, getragen von Mikro- und Megaphonen. Die Worte ergeben eine fröhliche Rede ohne rechten Sinn und Zusammenhang – aber durchaus anregend: „Sehen Sie das Band des Bundes ... wenn wir hier unter der Brücke drunter durch ... die größte Bibliothek Europas ... hier entlang verlief die Berliner Mauer, da hinten dann ... alte Zollgrenze, aber heute hat der Finanzminister ... sonst hat Berlin überhaupt kein Geld ... da war noch ein Bundesforum geplant ... gehen die Abgeordneten im Bademantel über die Brücke.“ Was erzählen die da bloß? fragt sich mancher Volksvertreter.

Oft ist es nur Klamauk – aber manchmal wird auch deftig zugelangt von den Kapitänen und Reiseleitern, wenn die „große Politik“ vis à vis vorbeizieht. Doch böse ist es fast nie: „Diese Brücke hier heißt horizontale

Beamtenlaufbahn“, frotzelt etwa der Reiseleiter. „Hast g’hört?“, sagt ein Mann zu seiner Angetrauten. „Ist nix mit Karriereleiter.“ Die Frau nickt und nippt an der Berliner Weißen. „Und diese Brücke zwischen dem Paul-Löbe-Haus und dem Marie-Elisabeth-Lüders-Haus ist gebaut worden, damit die Abgeordneten und die Mitarbeiter schneller von einem Ort zum anderen kommen. Aber haben Sie schon mal einen Beamten rennen sehen?“ Nein, das hat keiner auf dem Schiff, aber jeder kennt den Witz. Sollten sich hier ein paar Beamte befinden, geben sie es jetzt ganz bestimmt nicht zu, sondern lachen einfach mit.



„Diese Brücke heißt Beamtenlaufbahn.“



Manchmal werden die Touristen auch mit Unsinn konfrontiert. Da macht der eine oder andere Stadtführer das Regierungsviertel plötzlich zum „Tal der Ahnungslosen“. Die ostdeutschen Besucher wundern sich dann, denn sie wissen, was der Begriff bedeutet: „Das Tal der Ahnungslosen“ war die Gegend in der DDR, wo kein Westfernsehen empfangen werden konnte. Nun, bei Bedarf nutzen die Bundestagsabgeordneten und ihre Mitarbeiter natürlich die gängigen TV-Sender zur schnellen Information – ebenso wie übrigens das Parlamentsfernsehen des Bundestages. Von „ahnungslos“ also keine Spur.

Die guten Reiseleiter hingegen, die geübten Entertainer auf den Schiffen, bringen ihre Gäste auf der kurzen Strecke zwischen Palast der Republik und Lehrter Stadtbahnhof sehr oft zum Lachen. Sie vermischen aktuelle Nachrichten mit Historie, kombinieren Klatsch mit Wissenswertem und bringen so die Volksvertreter dem Volke näher. Die Abgeordneten im Bademantel zum Beispiel sind ein gern beschworenes Bild. „Da unten, im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, gibt es eine Sauna für die Parlamentarier. Und wenn die es eilig haben, schmeißen sie sich im Büro schon mal in ihren Bademantel und laufen über die Spree.“

Ein paar Sekunden lang wird diese skurrile Szene auch geglaubt, dann recken alle auf dem Schiff die Köpfe



„Und wenn Sie noch Zeit haben, setzen Sie sich auf eine der Freitreppen.“

nach oben und gucken auf die Brücke und sehen: lauter vollständig angezogene Menschen. „Würd’ mich keiner raufkriegen“, sagt ein Bayer und ertotet Zustimmung aus der Reisegruppe. Zu hoch, zu luftig. Und von hier unten schaut die Brücke aus, als könne sie jeden Moment ... – na, das tut sie nicht, aber zu Hause wird vielleicht erzählt, dass die da in Berlin Brücken bauen, die sehen aus, als könnte sie jeder Wind umpusten. Und oben drauf laufen Abgeordnete im Bademantel, weil sie in die Sauna wollen.

Auf Höhe des Lehrter Bahnhofes trifft man „Moby Dick“, ein Schiff, so groß und so silbern wie das berühmte Vorbild. „Winken“, sagt der Schiffsführer und Entertainer, „immer winken, vor allem an Brücken. Das ist aktive Selbstverteidigung. Wer zurückwinkt, wirft nicht mit Colabüchsen oder Essensresten. Sicher können Sie nur am Bundestag sein. Abgeordnete tun so was nicht.“ Nein, so was tun sie wirklich nicht, und manch anderes, was ihnen zugeschrieben wird, auch nicht.

Aber natürlich macht man die Volksvertreter gern, und sei es nur zum Spaß und zur Unterhaltung, für viele kleine und große Malaisen und Pleiten, Pech und Pannen verantwortlich. Schließlich machen sie Gesetze und erlassen Bestimmungen und haben die Macht und kriegen dafür eine Menge Geld. „Links sehen Sie das Bundespres-



enten am Ufer sitzen die drei dazu beschäftigten Bauarbeiter in kreativer Schaffensphase. Und schauen Sie dort, die goldenen Kronen auf dem Bode-museum, 25.000 Euro hat eine gekostet. Alles Privatspenden. Man sagt, es sei ein Zahnarzt bei den Sponsoren gewesen, der kannte sich besonders gut mit Goldkronen aus.“ So geht es eine Stunde lang, und das gefällt den meisten.

Eine Menge Geschichten und Witze und Anekdoten, berichtet ein Schiffsführer, dessen Sprechtempo rekordverdächtig ist, kämen von den Touristen selbst. Die erzählten sich und anderen gern ein paar Witze und Begebenheiten, die sie gelesen oder gehört haben. Er höre sich das an und verwende dann manchmal das eine oder andere. „Ohne uns“, sagt er, „wären die Abgeordneten nicht so beliebt und nicht so bekannt“.

Den Abgeordneten müssen manchmal wirklich die Ohren klingeln, wenn sie da unten auf den Schiffen bekannt und berühmt gemacht werden und wenn ihr Arbeitsplatz angepriesen wird – oft auch ohne Hintersinn: „Durch das ganze Regierungsviertel können Sie völlig frei durchgehen und sich alles anschauen. Jeder Abgeordnete hat drei Büros, eins für sich und zwei für die Mitarbeiter. Ist alles ganz demokratisch. Und wenn Sie nachher noch Zeit haben, setzen Sie sich auf eine der Freitreppen und schauen Sie sich einfach ein bisschen um.“

Und wenn die Fiktion mal wieder bunte Blüten treibt, können sich die Menschen in Berlin oder auch in ihrem Wahlkreis direkt vom Gegenteil überzeugen: „Das ganze unterirdische Erschließungssystem ist nur da, damit sich die Abgeordneten oben dem Volk nicht zeigen müssen“, behauptet mancher Reiseleiter. Doch die Bürgerinnen und Bürger wissen ja: Neben Auftritten in Medien besuchen die Abgeordneten jeden Tag Vereine und Initiativen, haben in ihrem Heimatort Bürgersprechstunden oder diskutieren mit Besuchergruppen aus ihrem Wahlkreis. Und demnächst kommt der eine oder andere vielleicht sogar mit dem Info-Mobil des Deutschen Bundestages in die Heimatstadt.



Der deutsche Verbraucher – immer unterwegs zum nächsten Schnäppchen?

Forum: Konsum in Deutschland

Vom Schnäppchenjäger zum hybriden Verbraucher

In keinem anderen Land der EU sind die Verbraucher so preisbewusst wie in Deutschland. Discounter machen Rekordumsätze. Der Werbeslogan „Geiz ist geil“ ist nicht nur provokant, er scheint auch den Nerv der Deutschen in Sachen Konsum zu treffen. Doch auch die Pfennigfuchserie hat ihren Preis. Denn gute Qualität ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Ende März hatte sich der Traum von den kleinen Preisen endgültig erfüllt. Mit Milch für 33 Cent den Liter warb ein großer Lebensmitteldiscounter für seinen „Größenwahn-Samstag“. Selbst den Verbraucherzentralen – nicht gerade Verfechter hoher Einzelhandelspreise – war das zu viel. Solche Kampfpreise, die kaum über dem liegen, was ein Bauer für seine Milch bekommt, schaden den Verbrauchern, kommentierte die Vorsitzende des Verbraucherzentralen-Bundesverbandes Edda Müller die Aktion. Wenn für Molkerei, Verpackung, Transport und Handel nur ein oder zwei Cent übrig bleiben, dann ist der Wettbewerb ruinös und auch für viele Unternehmen gefährlich.

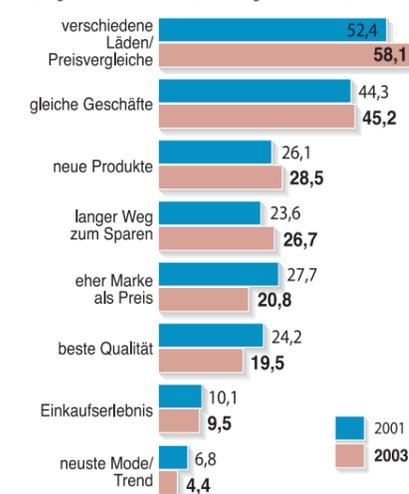
Der „Größenwahn-Samstag“ ist nur das krasseste Beispiel für das, was im deutschen Einzelhandel Alltag ist. Mit knallhartem Preiskampf und Rabattschlachten versuchen die Händler die Kunden zu gewinnen – und

scheitern kläglich. Nie war die Kauflust der Deutschen so gering. Erst Ende April wurden uns die Auswirkungen der Konsumverweigerung wieder vor Augen geführt: Deutschland bleibt in Europa Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum, so das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute. Der wichtigste Grund: Die Binnennachfrage kommt nicht in Schwung. Die Leute halten ihre Geldbeutel fest geschlossen, sparen eben oder kaufen billig ein.

Weil die Kaufzurückhaltung der Konjunktur schadet und die Rabattschlachten vielen Unternehmen zusetzen, hat der Preiskampf im Einzelhandel eine breite öffentliche Diskussion ausgelöst. Schuldige werden auf allen Seiten gesucht. Einmal sind es die Handelsketten, die mit ihren Rabattkampagnen die Konkurrenz ersticken wollen, ein anderes Mal ist es die Schnäppchenmentalität der Verbraucher.

Einkaufsgewohnheiten

Der Preisvergleich ist für den Kunden der wichtigste Grund, seinem Laden die Treue zu halten. (Vergleich 2001 und 2003, Nennungen in Prozent)



Quelle: Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE)



Folgen für den sozialen Zusammenhalt

Rainer Wend, SPD

 rainer.wend@bundestag.de
www.rainer-wend.de

Dem in Zeiten von gestrichenen Weihnachtsgeldern, Nullrunden und hoher Arbeitslosigkeit von Sparzwängen geplagten Verbraucher kann man es kaum verübeln, ständig auf der Suche nach einem noch günstigeren Preis zu sein. Langfristig hat diese Jagd nach Schnäppchen aber gravierende Folgen, denn die Billigkultur schädigt unsere Volkswirtschaft. In der Hoffnung, dass die Preise morgen noch günstiger sein könnten, reagieren die Verbraucher irgendwann nicht mehr auf die vielen Rabatte und Prozentnachlässe.

Die Wirtschaft bleibt auf ihren Produkten sitzen, der Druck auf die Unternehmen steigt, sie umgehen Tariflöhne, streichen Stellen, schließen Filialen oder verlagern ihre Jobs ins Ausland. Für viele Menschen, die eben noch auf der Suche nach dem besten Preis waren, bedeutet das den Verlust des Arbeitsplatzes und selbst die, die noch einen Job haben, verringern ihren Konsum aus Angst vor Arbeitslosigkeit noch weiter.

Ständige Sonderangebote können sich außerdem nur große Ketten leisten. Wer keine Kraft für niedrige Preise und gute Werbung hat, bleibt auf der Strecke. So entsteht ein Markt, der von nur wenigen Handelsriesen beherrscht wird, die für ihre Produkte einen beliebigen Preis verlangen können.

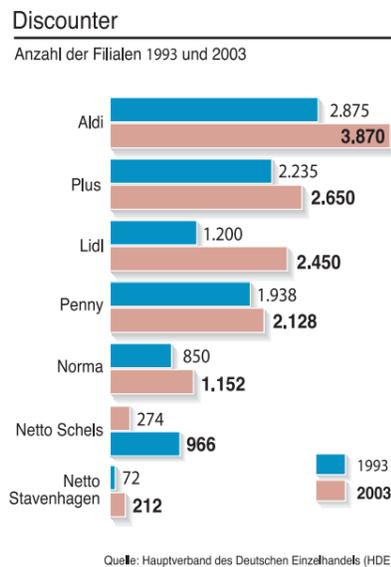
Auch für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft hat die „Geiz-ist-geil-Mentalität“ Folgen. Denn wenn jeder für „blöd“ erklärt wird, der zu viel für ein Produkt ausgibt, ist auch niemand mehr bereit, für karitative Einrichtungen zu spenden, wenn außer steuerlicher Abzugsfähigkeit kein Gegengeschäft oder Bonusprogramm winkt.

Um aus diesem Teufelskreis zu entkommen, ist es wichtig, dass wir den Wert einer Marke und vor allem den Wert von Qualität wieder höher bewerten als ihren Preis. Qualität, gute Beratung, Service und Verlässlichkeit sind im Sinne aller Verbraucher, sie haben aber auch ihren Preis.

Orientierung im Rabattschwung

Doch wie ist es eigentlich zu diesem beispiellosen Preiskampf gekommen? Konnten früher die Händler noch über Qualität und Beratung die Kunden gewinnen, scheint das heute nicht mehr zu ziehen. „Dem Einzelhandel fällt nichts anderes ein, als über den Preis Kunden zu gewinnen“, sagt Rolf Spannagel vom Institut für Markt- und Wirtschaftsforschung in Berlin.

So hat sich in den vergangenen zehn Jahren der Marktanteil der Discounter hierzulande von 18 auf 38 Prozent mehr als verdoppelt – was natürlich auch Investitionen und neue Arbeitsplätze bedeutet. Die Billigläden sind vor allem ein deutsches Phänomen. Einer von zwei Discountern in Europa steht in Deutschland. Aber es geht nicht nur um Lebensmittel. „Der Preiskampf zieht sich durch alle Produktgruppen“, sagt Wolfgang Twardawa von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in Nürnberg.



Vor allem eine tiefe Verunsicherung der Verbraucher hat dazu geführt, dass der Absatz mehr und mehr über den Preis funktioniert. Viele haben Angst um ihren Arbeitsplatz und halten deshalb das Geld zusammen. Auch die zunehmende Armut und die Kosten der neuen privaten Altersvorsorge spielen eine Rolle. Nach Ansicht von Wolfgang Twardawa wirken aber noch weitere Effekte nach. So hätten die Deutschen die Umstellung auf den Euro noch immer nicht verdaut. „Der Euro wurde in Deutschland gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit eingeführt und den Menschen fehlt jetzt das Preisgerüst“, so Twardawa von der GfK. In einem solchen Fall hält man sich an vertrauenswürdige Institutionen. Bei Lebensmitteln sind das die Discounter. Die signalisierten: ‚Hier wirst du nicht über den Tisch gezogen‘.

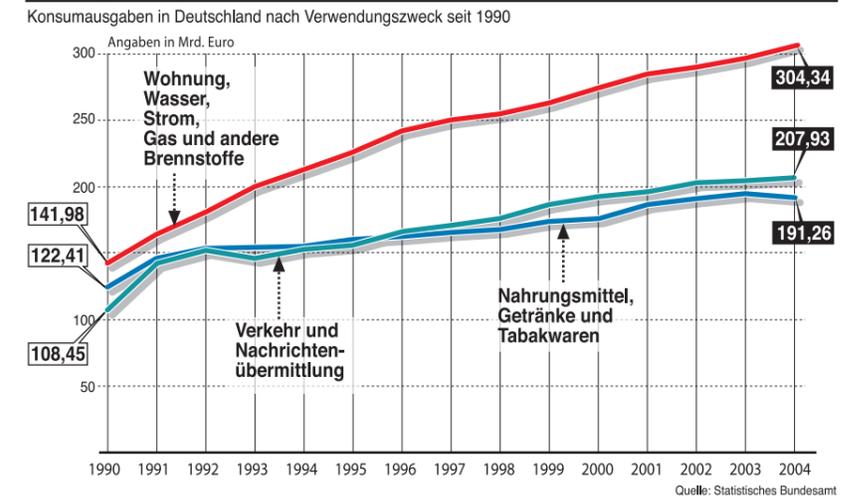
In gleichem Maße habe die Streichung des Rabattgesetzes die Verbraucher verunsichert. Seit Schlussverkäu-

fe nicht mehr an feste Termine gebunden sind, verlieren die Verbraucher vor lauter Rabattschlachten den Überblick und halten sich zurück. Und die Kunden merken langsam, dass viel Rabatt nicht immer auch einen guten Preis verheißt.

Der hybride Verbraucher kommt

Doch es ist nicht nur das Misstrauen der Verbraucher, das dem Handel zu schaffen macht. Vielmehr haben sich die Konsumgewohnheiten in den vergangenen Jahren radikal gewandelt. Neben den Billigangeboten haben davon auch die starken Marken profitiert. „Beim Bier etwa hat Öttinger für 21 Cent, aber auch Becks für 65 Cent die Flasche gewonnen“, so Twardawa. Und es ist keineswegs so, dass etwa Arbeitslose billig kaufen und Gut-situierte nur die Premiummarken. Stattdessen ist der „hybride“ Verbraucher auf dem Vormarsch, der mittags bei McDonalds isst und abends beim

Wofür geben private Haushalte ihr Geld aus?



Kein Verkauf unter Einstandspreis

Ursula Heinen, CDU/CSU

ursula.heinen@bundestag.de
www.ursula-heinen.de

Der Spruch „Geiz ist geil“ einer großen Media-Kette zählt ohne Zweifel zu den erfolgreichsten Werbekampagnen der Industrie. Gerade in der heutigen Zeit, in der viele Menschen in Sorge um ihren Arbeitsplatz oder arbeitslos sind, zählt der Preis eines Produktes mehr denn je.

Gleichzeitig mit dieser Kampagne wurde ein starker Preiswettbewerb auch in anderen Produktbereichen eingeleitet. So gibt es in Großstädten mittlerweile Geschäfte, in denen alle angebotenen Waren nicht mehr als einen Euro kosten. Zudem überbieten sich die großen Discounter wöchentlich mit Angeboten, die mittlere und kleine, meist personalintensive Einzelhandelsgeschäfte nicht bieten können.

Insbesondere im Lebensmittelhandel tobt der Preiskampf. Die Konsequenzen für unser marktwirtschaftliches System liegen auf der Hand: Der Druck auf die Erzeuger, etwa in der Landwirtschaft, wird größer. Hohe Qualitätsansprüche können nur unter größtmöglicher Kostenreduzierung erhalten bleiben. Die Diskussion um die Beschäftigung ausländischer Saisonarbeiter muss vor allem auch unter diesem Aspekt gesehen werden.

Ein entscheidendes Element, um diesem Preiskampf Einhalt zu gebieten, ist das Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis, das im April 1998 auf Initiative der damaligen CDU/CSU-Bundesregierung eingeführt wurde. Die Rechtsdurchsetzung erweist sich jedoch noch als Problem, daran sollte jetzt gearbeitet werden.

Auf der anderen Seite darf die Diskussion um niedrige Preise nicht zu einer ideologisch motivierten Verbraucherlenkung führen. Dirigistische Eingriffe in die preisbildenden Freiheiten des Erzeugers, Anbieters und Verbrauchers lehnen wir ab. Der Preis muss sich in unserer sozialen Marktwirtschaft über Angebot und Nachfrage finden. Nur so können Kriterien wie Kosten, Nutzen und Qualität gerecht Berücksichtigung finden.



Zwei Seiten einer Medaille

Werner Schulz, Bündnis 90/Die Grünen

werner.schulz@bundestag.de
www.werner-schulz.info

Geiz ist geil! Heute keine Mehrwertsteuer! Wir können nur billig! Werbesprüche, die mehr und mehr den Zeitgeist in Deutschland zu bestimmen scheinen. Flankiert durch einen rigorosen Sparkurs der Bundesregierung. Die unsichere Zukunft vieler Menschen, die schwache Konjunktur und vor allem die geforderte Eigenverantwortung für die Rente erhöhen die Sparquote.

Abgesehen davon, dass viele Beschäftigte seit Jahren keine realen Lohnzuwächse hatten, bleibt vielen beschäftigungslosen Menschen nicht mehr genug in der Tasche, um ausgiebig zu konsumieren. Und alle beklagen, dass die Binnennachfrage leidet. Auch jene Multimediämärkte, die die Geister nicht mehr loswerden, die sie gerufen haben. Nachdem die Einführung des Euros zu einer nicht nur gefühlten, sondern sektoral durchaus realen Preissteigerung geführt hat, kommt diese vermeintliche Abwärtsspirale der Preise gerade recht.

Qualitätseinbußen werden ebenso hingenommen wie einige unerwünschte Nebenwirkungen. Nämlich ein „Geiz ist geil“ ganz anderer Art. So geizt die Wirtschaft mit Arbeitsplätzen, mit höheren Löhnen oder mit Urlaubstagen. Zumindest für ihre Angestellten. Bei den Managern, bei Aufsichtsräten oder Vorstandsvorsitzenden hat der Geiz allerdings keine Chance. Mal eben das Jahresinkommen verdoppelt, das ist zwar nicht der Regelfall, aber auch nicht die Ausnahme.

Und wenn die Binnennachfrage wegen „Geiz ist geil“ ins Stottern kommt, dann muss es halt der Export richten. Da wird die Produktivität im eigenen Land ständig erhöht, um angesichts der Globalisierung konkurrenzfähig zu bleiben. Oder anders ausgedrückt: Weil zweistellige Renditen zu wenig sind, werden eben ein paar tausend Beschäftigte im Inland gefeuert. Im Unterschied zu vielen Verbrauchern findet nämlich der Shareholder, der Aktionär, bei der Dividende alles geil, außer Geiz!

besten Italiener der Stadt. Federn lassen musste durch diese Entwicklung vor allem das mittlere Waresegment. „Früher gab es Spitzenprodukte, Mittelklasse und Ramsch“, so der GfK-Experte. Im Mittelklasseangebot hatten Produzenten und Händler ihr Auskommen. Heute seien die Billigangebote in der Qualität hingegen kaum schlechter als die Mittelklasse. Entsprechend orientieren sich die Verbraucher um. Hinzu kommt, dass sie gerade in Deutschland dazu erzogen wurden, Preis und Qualität genau unter die Lupe zu nehmen. „Gerade von Institutionen wie der Stiftung Warentest haben wir gelernt, dass billig nicht unbedingt schlecht sein muss“, so Twardawa. Dieses Wissen wendeten die Menschen bei ihren Kaufentscheidungen eben an.

Die Auswirkungen auf die Unternehmen sind gewaltig. Vor allem in den Massenmärkten werden die Margen immer geringer. Das spürt zu allererst der Einzelhandel. Kleine Fachge-

schäfte, aber auch die Kaufhäuser mit ihrem breiten Sortiment, geraten unter Druck. Zu spüren bekommen den Preiskampf auch die Produzenten, die ihrerseits mit Preisabschlüssen die Preisschichten im Einzelhandel mitfinanzieren müssen. Sie stehen immer mächtigeren Handelskonzernen gegenüber, die versuchen, beim Einkauf die Preise zu drücken.

Nachhaltiger Warenkorb mit Gütesiegel

Wer als Hersteller im Preiskampf bestehen will, der muss Kosten senken. Dafür verlagern Unternehmen ihre Produktion ins Ausland oder lassen gleich von einem Billiganbieter in Osteuropa oder China fertigen. Der Preiskampf ist damit auch ein Grund, warum Unternehmen ihre Produktion aus Deutschland an billigere Standorte verlagern – wenn auch nicht der einzige. Dass etwa Porsche seinen Geländewagen in der Slowakei zusammenbauen lässt, liegt nicht

daran, dass für ein Luxusauto kein vernünftiger Preis mehr zu bekommen ist, sondern entspricht dem allgemeinen ökonomischen Zwang zur Kostenminimierung.

Wer sich als Verbraucher nicht nur den Preis als Kriterium heranziehen will, hat es gar nicht so einfach. Wer will und kann schon bei jedem Produkt prüfen, ob es zu akzeptablen Bedingungen hergestellt wurde? Gütesiegel sind ein Versuch, den Verbrauchern die Arbeit abzunehmen. Der deutsche Nachhaltigkeitsrat etwa hat einen nachhaltigen Warenkorb zusammengestellt, in dem er die verlässlichen Gütesiegel zusammenstellt. Damit ist es möglich, die schlimmsten Formen von Ausbeutung zu verhindern. Man kann, wenn man auf das richtige Siegel achtet, Fußbälle kaufen, die nicht von Kindern zusammengenäht sind oder Kaffee, bei dem den Kaffeebauern ein fairer Preis gezahlt wird. Auch die Stiftung Warentest will sich künftig nicht mehr darauf beschränken,

allein die Qualität eines Produktes zu testen. Sie will auch in ihre Bewertungen einbeziehen, unter welchen Bedingungen ein Produkt gefertigt wurde.

Verbraucher sehen solche Hinweise durchaus als positiv, sind aber nicht unbedingt bereit, für diesen Mehrwert auch mehr Geld auszugeben. Dabei gibt es einzelne Erfolge. Produkte wie Eier aus biologischem Anbau laufen gut. „Da versprechen sich die Verbraucher einen Vorteil und greifen deswegen zu“, so Twardawa. Auch steigt die Zahl der Verbraucher, die sich an Gütezeichen orientiert, um einen nachhaltigen Konsumstil zu pflegen. Insgesamt liegt der Anteil aber bei nicht mehr als ein oder zwei Prozent. „Bei den meisten entscheidet eben letztlich doch der Geldbeutel“, sagt Twardawa von der GfK.

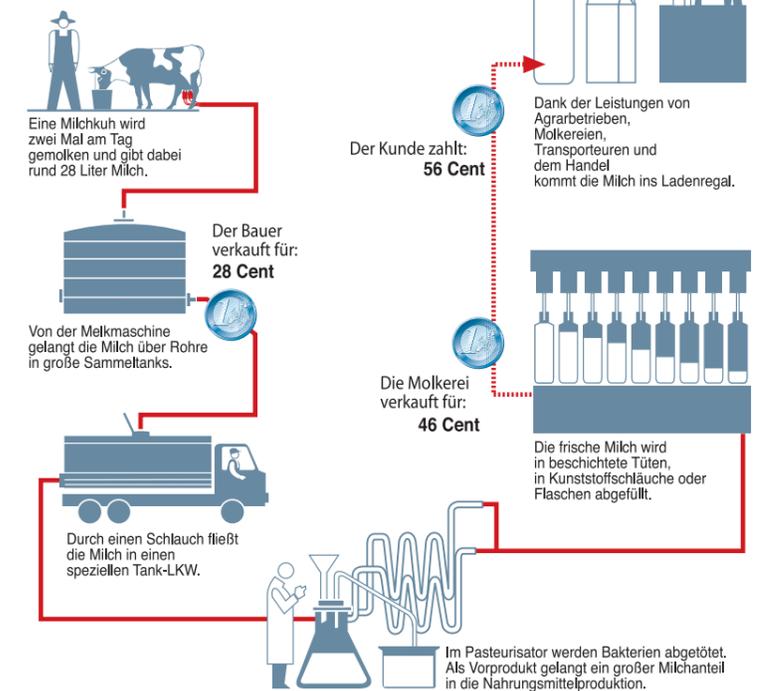
Text: Matthias Rumpf

Fotos: Picture-Alliance, Deutscher Bundestag

Grafiken: Karl-Heinz Döring

Der Weg der Milch zum Kunden

Die Preise beziehen sich auf einen Liter Milch



Die Preise sind gerundete Marktpreise auf der Basis von Zahlen aus dem Jahr 2004. Ladenpreis inkl. 7 Prozent Mehrwertsteuer; Quelle: ZMP



Die Marktmacht der Verbraucher

Gudrun Kopp, FDP

Preise haben in der Marktwirtschaft eine zentrale Funktion: Sie reflektieren die Zahlungsbereitschaft der Verbraucher für die jeweiligen Güter sowie die Kosten für deren Bereitstellung. Mit ihrer Hilfe kann das Angebot an Waren und Dienstleistungen an den Bedürfnissen der Verbraucher ausgerichtet werden.

Durch Preissenkungen versuchen die Unternehmen, ihre Marktposition auszubauen. Geschieht dies nach den Regeln des Wettbewerbsrechts, können in erster Linie die Verbraucher profitieren, aber auch die gesamte Volkswirtschaft. Dabei kann es zur Verdrängung von Konkurrenten kommen. Es liegt jedoch auch in der Hand der Verbraucher, dies durch gezieltes, eigenständiges Konsumverhalten zu verhindern – etwa indem sie durch den Einkauf in kleinen Geschäften oder solchen in den Innenstädten zu deren Erhalt beitragen.

Auch ethische, qualitative oder ökologische Aspekte der Güterproduktion können die Verbraucher durch ihr Nachfrageverhalten beeinflussen. Die dafür notwendigen Informationen, etwa über Inhaltsstoffe oder die Herkunft von Waren, sind heute so frei zugänglich wie nie zuvor. Und die Vielfalt der Waren – ob Fair-Trade-, Öko- oder konventionelle Produkte – und die unterschiedlichsten Qualitätsstufen, zwischen denen die Verbraucher heute wählen können, beweist, dass auch hier die Marktmacht der Verbraucher tatsächlich zur Wirkung kommt.

Wie billig dürfen Waren sein? In einem funktionierenden Wettbewerb – ohne marktbeherrschende Monopolstrukturen – beantwortet diese Frage allein der Verbraucher. Politisch motivierte Eingriffe in die freie Preisgestaltung sind kontraproduktiv, denn sie berauben die Marktwirtschaft ihres Lebenselixiers. Nötig ist vielmehr, dass die Unternehmen mehr Freiraum für ihre Anpassungsstrategien erhalten – durch den Abbau bürokratischer Hürden, eine Deregulierung des Arbeitsmarkts und eine Flexibilisierung unseres Wirtschaftssystems.

gudrun.kopp@bundestag.de
www.gudrun-kopp.de

Infotipps



Initiative gegen Steuererhöhung bei Wohnmobilen

Einer Gesetzesinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen, nach der die „gewichtsbezogene Besteuerung von Wohnmobilen“ mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 2,8 Tonnen ohne Steuererhöhung fortgeführt werden soll, schließen sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen an. In einem Antrag fordern sie, der Bundestag möge die Initiative begrüßen und eine zügige parlamentarische Beratung sicherstellen, sobald das Gesetz vom Bundesrat beschlossen und überwiesen wird. Dagegen müsse, so die Antragsteller, das „ungerechtfertigte Steuerprivileg für schwere Geländewagen“ abgeschafft werden, so dass diese Fahrzeuge „hubraum- und emissionsbezogen“ besteuert würden. Drucksache 15/5347

Ladenschluss sollen Länder regeln

Die Länder sollen durch ein Bundesgesetz die Möglichkeit erhalten, eigene Regelungen für den Ladenschluss zu erlassen. Zu diesem Zweck hat die FDP einen Gesetzentwurf vorgelegt. Eine Flexibilisierung des Ladenschlusses beinhaltet nach Auffassung der Liberalen die Chance auf neue Arbeitsplätze und könnte die regionale Wirtschaft stärken. Das bundesweit geltende Ladenschlussgesetz berücksichtige nur noch mangelhaft die veränderten Lebens- und Konsumgewohnheiten in der Gesellschaft, begründet die Fraktion ihre Initiative. Abhilfe müsse durch Regelungen geschaffen werden, die auch regionale Unterschiede berücksichtigen. Drucksache 15/5370

Kontenabrufsrecht stärker begrenzen

Die CDU/CSU-Fraktion macht sich für eine Überarbeitung des Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit stark. In einem Antrag fordert sie von der Bundesregierung, den geplanten Kontenabruf durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht „auf das unbedingt notwendige Maß“ zu begrenzen. Zudem seien die Betroffenen über derartige Vorgänge „zeitnah“ zu unterrichten, um das verfassungsrechtliche Grundrecht der „informationellen Selbstbestimmung“ nicht zu verletzen. Ebenso verlange die Union die Korrektur handwerklicher Fehler. So müssten die noch nicht vorhandenen technischen Voraussetzungen umgehend geschaffen werden und eine Klärung erfolgen, „welche anderen Behörden“ überhaupt als abrufberechtigt gelten. Am sinnvollsten ist laut CDU/CSU jedoch die Umsetzung einer umfassenden Steuerreform, um so die Steuerehrlichkeit zu erhöhen und zugleich die Notwendigkeit von Kontenabrufen zu verringern. Drucksache 15/5334

Drucksachen

Die Bundestagsdrucksachen können auf den Internetseiten des Bundestages abgerufen und heruntergeladen werden: www.bundestag.de (Informations-Center). In gedruckter Form erhalten Sie alle Bundestagsdrucksachen bei schriftlicher Bestellung gegen eine vom Umfang abhängige Gebühr beim Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 9 76 68-3 40 oder E-Mail: torben.funk@bundesanzeiger.de. Siehe auch www.parlamentsdrucksachen.de.



**Streitgespräch:
Kulturförderung**



Durch knappe öffentliche Kassen werden die Verteilungskämpfe auch im Kultursektor immer härter. Betroffen davon sind nicht nur die „Leuchttürme“ kostspieliger Vorzeigekultur wie etwa Spitzenorchester oder große Museen, sondern auch Kirchenchöre, Kunstvereine und Theatergruppen vor Ort.

Welchen Stellenwert hat die Breitenkunst bei uns? Darüber sprach BLICKPUNKT BUNDESTAG mit der Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Gitta Connemann (CDU/CSU) und dem Obmann der SPD-Bundestagsfraktion in dieser Kommission, Siegmund Ehrmann.



Kultur für alle – Luxus oder Bürgerrecht?



Das Gespräch führte Sönke Petersen
Fotos: Anke Jakob

Blickpunkt Bundestag: Fast sieben Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland ehrenamtlich für die Kultur. Das ist eine beeindruckende Zahl. Wo aber liegen die Probleme?

Gitta Connemann: Diese Kulturschaffenden fühlen sich öffentlich, auch von der Politik, zu wenig wahrgenommen. Viele dieser Menschen fühlen sich nicht ernst genug genommen. Dabei geht es weniger um finanzielle Unterstützung als um öffentliche Anerkennung. Und um die Erleichterung der Arbeit durch vernünftige Rahmenbedingungen. Das sollten wir ernst nehmen, denn aus der Breitenkultur entsteht ja auch die Spitzenkultur, die wir ja glücklicherweise haben.

Siegmund Ehrmann: Ich finde auch, dass diese engagierten Menschen öffentliche Aufmerksamkeit auf jeden Fall verdient haben. Allerdings sollten wir auch nicht zu schwarz malen. Denn die kommunale Kulturförderung hat dieses Engagement durchaus im Auge. Jedenfalls kann ich das für Nordrhein-Westfalen sagen, wo ich selbst als Kulturdezernent einer Kommune lange Zeit Verantwortung trug. Von

einem allgemeinen Herausfallen aus der öffentlichen Förderung und einer mangelnden Wahrnehmung kann aber keine Rede sein. Richtig aber ist natürlich, dass in Zeiten knapper Kassen vieles schwieriger wird.

Blickpunkt: Welche neuen Aufschlüsse erwarten Sie denn von der Bundesregierung bei der Beantwortung der Großen Anfrage der CDU/CSU zur Kulturpolitik?

Connemann: Wir wollen endlich etwas von den Strukturveränderungen erfahren, die sich bei der Breitenkultur abzeichnen. Etwa bei der Überalterung von Vereinsvorständen oder bei der abnehmenden Bereitschaft vieler, Verantwortung in Vereinen zu übernehmen, weil die Haftungsrisiken immer größer werden.

Blickpunkt: Was hat der Bund mit der Breitenkunst zu tun? Wir propagieren doch gern die Eigenverantwortung der Menschen und das Prinzip der Subsidiarität. Ist Kultur vor Ort insofern nicht Sache der Kommunen und Länder?

Ehrmann: Richtig. Der Bund hat nur sehr schmale eigene

kulturpolitische Kompetenzen. Aber er kann natürlich Rahmenbedingungen schaffen, die förderlich sind. So kann er etwa beim Gemeinnützigkeitsrecht an bestimmten Stellenschrauben drehen, um auch den Akteuren in der Breitenkultur das Erschließen privater Finanzquellen zu erleichtern. Damit wäre zum Beispiel vielen Chören oder Theatergruppen sehr geholfen.

Connemann: Genau. Wenn ein Vereinsvorstand im heutigen Dickicht steuer- und sozialrechtlicher Regeln nicht mehr durchfindet und fahrlässig einen Fehler macht, haftet er mit seinem Privatvermögen. Das schreckt verständlicherweise viele Menschen ab, Verantwortung zu übernehmen. Ich wünschte mir auch, dass ein kleiner Verein mit 40 Mitgliedern nicht dieselben steuerlichen Anforderungen erfüllen muss wie etwa das Rote Kreuz oder der ADAC als großer Verein. Da sind viele kleine örtliche Kulturträger einfach überfordert.

Ehrmann: Auf der Haftungsseite sehe ich weniger akuten gesetzgeberischen Handlungsdruck. Die steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Aspekte sind in der Tat bei einer



Im Gespräch: Siegmund Ehrmann ...

verantwortlichen Vereinsführung nicht zu unterschätzen.

Blickpunkt: Sollte sich der Bund auf die Förderung so genannter Leuchtturmprojekte, konzentrieren? Auch in der Bildungspolitik mischt sich der Bund ja nicht in die örtliche Schulpolitik ein.

Connemann: Das Hin- und Herschieben der Zuständigkeitsfrage ist bei der Lösung der Probleme ebenso wenig hilfreich wie ein gegenseitiges Ausspielen von Breiten- und Spitzenkultur. Wir brauchen beides. Unbestritten ist, dass die finanzielle Förderung der Breitenkultur Sache der Kommunen und Länder ist. Aber die gesetzgeberischen Rahmenbedingungen sind nun einmal Sache des Bundes. Da darf er sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Gerade weil wir die Breitenkultur, die ja zugleich eine Bürgerkultur ist, brauchen. Es gibt keinen kulturellen Leuchtturm, der nicht auf dem Grund breiten gesellschaftlichen Kulturengagements stünde. Gerade die Laienkulturvereine leisten hier vor Ort unglaublich gute Arbeit. Ich spreche hier aus der Erfahrung als Vizepräsidentin einer Bundesvereinigung von 18.000 Blaskapellen, Spielmanns- und Fanfarenzügen. Angeschlossen sind 1,3 Millionen Mitglieder, von denen mehr als 60 Prozent unter 27 Jahre sind. Viele dieser Jugendlichen stammen aus Familien, in denen sie nicht die Chance gehabt hätten, Zugang zur kulturellen Bildung zu finden. Denn teure Musikschulen hätten sie nicht bezahlen können.

Ehrmann: Leuchttürme entwickeln sich nicht ausschließlich aus der Brei-

tenkultur. Wir sollten diese zweifellos wichtig nehmen und unterstützen. Aber genauso wichtig ist natürlich die Auseinandersetzung mit der Förderung öffentlicher und privater Kultur insgesamt, der wirtschaftlichen und sozialen Situationen der Künstler und der kulturellen Bildung. Viele Künstler sind zum Beispiel durch die Arbeitsmarktreform-Gesetzgebung hart betroffen. Hier liegt wirklich ein Problem. Breitenkultur ist wichtig, aber Kreativität entsteht nicht nur aus ihr heraus. Deshalb müssen wir sicherstellen, dass öffentlich finanzierte Kulturförderung auch weiterhin erfolgt. Leider haben wir auf Grund der Finanzkrise hier erhebliche Probleme. Wenn Sie bedenken, wie viele Bibliotheken geschlossen werden, wie schwer es Musikschulen haben, was in der Theaterlandschaft passiert – da gibt es Sollbruchstellen, die ans Eingemachte



Reden Sie mit beim Thema „Kulturförderung“:

Gitta Connemann (CDU/CSU): gitta.connemann@bundestag.de
 Siegmund Ehrmann (SPD): siegmund.ehrmann@bundestag.de
 Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

... und Gitta Connemann.



gehen. Gut, der Bund hat hier keine originären Kompetenzen, aber wir sind uns in der Kommission doch grundlegend einig, dass wir hier vernetzt denken und neue Impulse setzen müssen.

Connemann: Natürlich besteht auch hier Handlungsbedarf. Die Basis aber bleibt die Breitenkultur. Wenn ich eine Lobby für Kultur erzeugen will, und die brauchen wir, ist eine starke Bewegung aus der Bevölkerung Voraussetzung. Und die bekommen wir nicht, wenn Kultur nur über Nationaltheater und Spitzenorchester als Luxus für einige Privilegierte und Begüterte wahrgenommen wird.

Ehrmann: Ich glaube, da haben Sie eine falsche oder verzerrte Wahrnehmung. Kultur, verehrte Kollegin, auf eine privilegierte Interessentenschicht abzustellen, hieße, die soziale Breite des Kulturpublikums zu unterschätzen.

Blickpunkt: Was halten Sie davon, die Kulturförderung als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz aufzunehmen?

Connemann: Ich unterstütze diese Forderung uneingeschränkt und hoffe auf ihre Realisierung.

Ehrmann: Das sehe ich auch so. Das würde unserer Verfassung gut anstehen.

PANORAMA



Begegnungen im Parlamentsviertel Frauen, Politik und Kunst



Warm-up am Girls' Day mit Susanne Kastner.

GIRLS'DAY IM BUNDESTAG

16 junge Mädchen lernen am Girls' Day im Bundestag die Technik des Parlamentsfernsehens, die hauseigene EDV-Reparaturwerkstatt und den Gas-Wasser-Sanitär-Bereich kennen. Fürs morgendliche Warm-up im schönsten Sitzungssaal des Bundestages mit seinem grandiosen Blick auf das Reichstagsgebäude sorgt Vizepräsidentin **Susanne Kastner**. Sie ermuntert die anfangs noch schüchternen Besucherinnen: „Ihr dürft alles fragen. Ihr sollt mich nicht nur freundlich angucken.“

Ausführlich beantwortet sie die Frage nach ihrem Tagesablauf, erklärt das Schema der Sitzungstage und die Arbeit im Wahlkreis, weist auch auf ihre zusätzlichen Verpflichtungen hin. So sei sie kürzlich in Wolfenbüttel in einem Kindermuseum gewesen, wo Kinder auch eine Müllkippe wie in einem Entwicklungsland aufgebaut hatten. Wie in der Dritten Welt wird aus Müll dort Spielzeug. „Frau Kastner, machen Sie was draus“, habe die Aufforderung gelaute. So habe sie aus einem Eierkarton ein Spielzeugauto gebastelt, was gar nicht so einfach gewesen sei.

Ob danach einige der Mädchen vielleicht auf die Idee kommen, den „unendlich vielfältigen und spannenden Beruf“ (Kastner) der Politikerin zu ergreifen, bleibt offen. Möglicherweise schreckt die Girls die wöchentliche Arbeitszeit von gut 70 Stunden. Doch Susanne Kastner verrät ihnen, dass man sich ab und zu auch mal einen Abend freischaufeln könne.

www.girls-day.de

KUNSTPROJEKT

Wenn nicht, könnten überarbeitete Abgeordnete auf die Dienste von **Natalie Espinosa** und **Hiltrud Gauf** zurückgreifen. Ihr durchaus ernst gemeintes Angebot: „Sie sind im Alltagsstress? Wir erholen uns für Sie.“ Schon für fünf Euro ist eine der beiden bereit, sich an Stelle eines gestressten Mitbürgers eine halbe Stunde auf einem Balkon zu sonnen. Wer keine Zeit zum Ausschlafen hat, kann auch dies erledigen lassen. Kosten: 15 Euro. Und für fünf Euro zusätz-

lich genießt Natalie oder Hiltrud auch noch ein Frühstück im Bett – alles für den Kunden genau dokumentiert.

„Wir für Sie“ ist eines der Kunstprojekte, die die Fachhochschule Ottersberg auf Vermittlung von Schirmherrin **Ina Lenke** in der niedersächsischen Landesvertretung präsentierte. Die Bundestagsabgeordnete, die in der Nähe der Fachhochschule wohnt, versprach jedenfalls nicht zu viel, als sie schon zu Beginn der Präsentation meinte: „Die Ottersberger sind immer für eine Überraschung gut.“

www.wir-fuersie.de



Kunst in der Niedersächsischen Landesvertretung.

BAUM DES JAHRES 2005

Auch **Herta Däubler-Gmelin**, Vorsitzende des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, hat – wie viele Abgeordnete – eine Schirmherrschaft übernommen. Sie engagiert sich für den „Baum des Jahres 2005“, die Rosskastanie. Herta Däubler-Gmelin und den anderen Ausschussmitgliedern wurden kürzlich Pflänzchen dieses beliebten Park- und Straßenbaums überreicht. Mit der Aktion soll zur Bekämpfung der „Cameraria ohridella“, der Miniermotte, aufgerufen werden, die schon im Juli die Blätter der Rosskastanie zerfrisst. Die Parlamentarierin meint: „Da der Schädling bis heute keinen natürlichen Feind hat, bleibt als Gegenmaßnahme vor allem das Zusammenharken des Laubs im Herbst und seine Vernichtung.“

www.baum-des-jahres.de

Text: Klaus Lantermann,

Fotos: Deutscher Bundestag, studio kohlmeier

Drei Fragen an Abgeordnete

Frau Oßwald, was ist ihr Lieblingsort in Berlin?

Ganz klar: der Potsdamer Platz! Ich konnte die Veränderung von einer Schlammwüste nach der Wiedervereinigung zu einem pulsierenden, aufregenden und hochmodernen Platz in Berlin miterleben. Der Potsdamer Platz ist wohl der aufregendste Platz in ganz Deutschland.

Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Ich lache sehr häufig über den Humor meiner Mitarbeiter. Sie verlieren auch im größten Stress ihre Lockerheit nicht.



Melanie Oßwald.

FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG

Was soll als Nächstes von ihrem Schreibtisch?

So gern ich sie jeden Tag sehe: Aber leider müssen die vertrockneten Blumen, die mir mein Mann zu unserem ersten Hochzeitstag geschenkt hat, weg.

Melanie Oßwald (CDU/CSU), Jahrgang 1976, ist seit 2002 Bundestagsabgeordnete. Sie ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie im Ausschuss für Kultur und Medien.

melanie.osswald@bundestag.de
www.melanie-osswald.de

PANORAMA

„Tag für die Demokratie“ am 8. Mai Lebendiges Gedenken an das Kriegsende



Wie war das damals? Bürger beim „Tag für die Demokratie“.

toleranten Deutschland arbeiten kann. Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, verweist dabei auf die lebendige Auseinandersetzung in Büchern und Filmen anlässlich des Jahrestages. „Das Interesse wächst und ich bin begeistert, dass so viele Menschen diesen Tag hier heute feiern.“

Als die Rede von Bundespräsident Horst Köhler live aus dem Plenarsaal auf Großbildschirmen übertragen wird, wird es stiller – die Menschen lauschen seinen Worten: „Unser Land ist vielgestaltiger und weltoffener als je zuvor. Wir haben uns als Nation wieder gefunden.“ Allerdings gäbe es auch Unbelehrbare, die zurück wollen zu Antisemitismus und Rechtsextremismus. „Aber sie haben keine Chance!“ Es liege in den Händen der nachrückenden Generationen, das Geschehene wach zu halten und weiterzugeben.

Darüber sind sich die jungen wie die älteren Bürgerinnen und Bürger am Brandenburger Tor einig: Der 8. Mai ist ein Tag der Freude, der in den nächsten Jahren noch mehr ausgebaut werden muss.

Text: Lydia Harder
Fotos: studio kohlmeier



Welches Buch lesen Sie gerade?

Ich lese gerade „Fast ganz die Deine“ von Marcelle Sauvageot



Renate Gradistanac.

FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG

aus ziehe ich Stabilität. Ich lebe und reise mit Büchern. Am Morgen stehe ich eine Stunde eher auf und lese in den Tag hinein. Lesen ist existenziell.

Uwe Johnsons „Skizze eines Verunglückten“ und Simone de Beauvoirs „Eine gebrochene Frau“ habe ich vor 19 Jahren zeitgleich gelesen; auf beide Bücher greife ich zurück, wenn ich jetzt Marcelle Sauvageots „Fast ganz die Deine“ vor mir habe. Die drei Bücher zeigen, wie Menschen brechen können und wie unterschiedlich die Geschlechter darauf reagieren: aggressiv der Mann, autoaggressiv die Frau.

Menschliche Beziehungen gründen auf Vertrauen, und ich weiß, dass ich immer auf mich zurückgeworfen sein werde. Dies bedeutet Einsamkeit, die ich aushalten kann und will. Eindringlich und unvergleichlich radikal zärtlich berichtet Marcelle Sauvageot davon: „Man soll sein Glück nicht in

Abwesenheit erleben“, ist ein Kernsatz ihres Buches und die Mond-Legende eines der schönsten Bilder, von denen ich weiß: „Bei der Geburt bindet der Mond den Fuß eines künftigen Mannes mit einem roten Band an den Fuß einer künftigen Frau. Im Leben ist das Band unsichtbar, doch die beiden Menschen suchen einander, und wenn sie sich finden, erreichen sie das Glück auf Erden.“

Sei wahrhaftig, sei präsent, und wenn du ihn oder sie nicht kriegen kannst, willige nicht ein in eine laue Freundschaft, dreh dich um und geh! – Marcelle Sauvageot schrieb dies bereits im Jahr 1930. Kunst ist groß, wenn sie schonungslos ist und elementar und in uns zum Klingen bringt, was uns elementar ist.

Marcelle Sauvageot: Fast ganz die Deine, Nagel & Kimche, München 2005, 107 Seiten.

Renate Gradistanac, Jahrgang 1950, ist seit 1998 für die SPD im Bundestag und seit 2005 stellvertretende tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Auch die frostige Kälte und das verspätete Aprilwetter hat die Menschen nicht abhalten können, zum Brandenburger Tor zu kommen. Und als dann ein warmer Sonnenstrahl über den fadenfeinen Nieselregen siegt, ist sofort gute Laune da. Die Schirme klappen zu, junge Nachwuchspolitiker verteilen Flyer, auf der Hüpfburg herrscht Hochbetrieb. Tausende sind gekommen – um sich zu erinnern und um zu feiern: Denn vor 60 Jahren endete der Zweite Weltkrieg und damit die nationalsozialistische Schreckensherrschaft in Europa.

Auf der Bühne haben sich Prominente und Zeitzeugen eingefunden, die von dem Ereignis berichten. Da ist etwa Marcel Reich-Ranicki, der erzählt, wie er vor genau 60 Jahren einen Freudenschuss gen Himmel schickte – sein erster und letzter Schuss überhaupt. Andere schlagen die Brücke in die Gegenwart: Herbert Grönemeyer ertotet tosenden Applaus mit der Forderung, den Rechtsradikalen in Deutschland keinen Millimeter Platz zu geben. Und Michel Friedman betont, dass noch mehr getan werden müsse, um Tendenzen gegen den Pluralismus in Deutschland zu bekämpfen.

Erinnerung schwindet, wenn sie nicht wach und lebendig gehalten wird. „Immer mehr Leute wissen nicht, was vor 60 Jahren geschehen ist. Rechtsradikale versuchen, diesen Tag für ihre Zwecke zu missbrauchen“, sagt Holger Michel, Organisator des „Tags für die Demokratie“. Um dem entgegenzuwirken, hat der 24-jährige nicht nur Politiker und Prominente, sondern auch engagierte Musiker ans Brandenburger Tor geholt. So etwa The Titans aus Stuttgart, die einen Song für den „Tag der Demokratie“ geschrieben haben und durch ihre internationale Zusammensetzung selbst ein Beispiel für Pluralismus sind. „Vergessen ist so leicht“, singt Clueso und die Prinzen fordern das Publikum auf, so laut zu singen, „dass sich kein Nazi hertraut“.

Als Erstunterzeichner des „Aufrufs für Demokratie“ finden sich dann auch die Parteivorsitzenden der SPD und der CDU, der FDP, von Bündnis 90/Die Grünen sowie der CSU ein. Zusammen mit den Vorsitzenden großer deutscher Verbände stehen Angela Merkel, Franz Müntefering und Co. auf der Bühne – zum Zeichen dafür, dass man nur gemeinsam an einem weltoffenen und



Parlamente in Europa Lange Debatten in der „Eduskunta“



Foto: Picture-Alliance

Die „Eduskunta“, das finnische Parlament in Helsinki.

Sie heißen „Der Vorkämpfer“, „Die Mühe des Denkens“, „Die Zukunft“, „Glaube“ und „Der Erntende“ – die fünf Bronzestatuen, unter denen die Abgeordneten im Plenarsaal des finnischen Eduskunta tagen. Die Werke des finnischen Künstlers Wäinö Aaltonen sollen die Volksvertreter an die wesentlichen Tugenden erinnern. Das Parlament – so die direkte Übersetzung von Eduskunta – ist baulich auch sonst ein Ort der Strenge. Wuchtig steht das in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erbaute Gebäude mit seiner Granitfassade im Zentrum von Helsinki. Die Parlamentarier scheint der imposante Rahmen kaum zu beeindrucken. Finnlands Parlament ist modern und funktioniert mit allen elektronischen Feinheiten. Eine Schautafel im Plenum zeigt, welcher Abgeordnete wie gestimmt hat. Im Internet lässt sich der Stand der Gesetzgebung quasi live verfolgen.

Mit 38 Prozent ist der Frauenanteil unter den Abgeordneten so hoch wie in kaum einem anderen europäischen Land. Wenig verwunderlich, denn Finnland hat 1906 als erster Staat Europas das aktive und passive Wahlrecht für Frauen eingeführt.

Bei nur 200 Abgeordneten kann sich der Eduskunta auch einige Freiheiten erlauben: Anders als im Bundestag können die Parlamentarier so lange reden, wie sie wollen. Über ein Gesetz wird erst abgestimmt, wenn sich kein Abgeordneter mehr zu Wort meldet.

Schon mehrmals haben Abgeordnete versucht, eine Entscheidung zu verhindern, indem sie einfach weiterredeten. Die längste Debatte war die zum EU-Beitritt 1994. Sie dauerte 99 Stunden und 35 Minuten. Den längsten Atem hatte dabei der Abgeordnete Vesa Laukkanen von den finnischen Christdemokraten. Er redete sechs Stunden und 33 Minuten.

Text: Matthias Rumpf

Ländernamen:
Republik Finnland
EU-Beitritt: 1995
Währung: Euro
Hauptstadt: Helsinki
Bevölkerung: 5,2 Millionen
Staatsform: Republik
Parlament: Eduskunta
(200 Abgeordnete)
Weitere Informationen unter
www.eduskunta.fi

LESER BRIEF

Kinderarmut

Bei der Bekämpfung der Kinderarmut haben Sie ein Thema vergessen – die Besteuerung des geschiedenen, unterhaltspflichtigen Vaters. Hier könnte der Gesetzgeber effektiv und kurzfristig etwas ändern, indem er ihm die Steuerklasse III zubilligt. Andere Projekte sind zwar gut gemeint, es dauert aber zu lange, um sie umzusetzen.

Renate Dietzelt per E-Mail

Familienförderung

Anstatt nur Familien zu fördern, werden in Deutschland auch viele kinderlose Ehepaare und auch Singles gefördert. Beispiele sind die Eigenheimzulage, die kostenfreie Mitversicherung des Ehepartners in der gesetzlichen Krankenversicherung und die freie Lohnsteuerwahl (Klasse 3/5). Diese ganzen Vergünstigungen müssten für Kinderlose abgeschafft werden, damit für Familien mehr übrig bliebe. Und das wären nicht die einzigen Einsparungen, die mir einfallen würden.

Oliver Hendrichsk per E-Mail

Sagen Sie uns Ihre Meinung:
BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA
Deutschland GmbH
Wassergasse 3
10179 Berlin
blickpunkt@media-consulta.com

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion: Stefan Thomas
(Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Redaktion: Horst Willi Schors, Klemens Vogel,
Dr. Heiko Fiedler-Rauer,
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (030) 650 00-220,
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Beauftragte Agentur:
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction: Hans-Dieter Großjohann,
Daniel Kirschner

Online-Produktion: Jan Scharein

Produktion: Thomas Ahlrichs, Patrick Pabst

Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb:

Reni Pischke
Fax: (030) 65 000-190
E-Mail: r.pischke@media-consulta.com

Druck: Jungfer Druckerei und Verlag GmbH,
Herzberg am Harz

Redaktionsschluss: 9. Mai 2005

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag
gibt es auch im Internet:
www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Fotos und Grafiken:

Deutscher Bundestag: S. 9, 29 (unten), 30 (unten), 31 (unten), 32, 37 (oben), 38; Anke Jakob: S. 34-36;
Karl-Heinz Döring (Grafiken): S. 29-31, 33; Photothek: S. 16-19;
Picture-Alliance: S. 3, 24 (Mitte), 28, 29-31 (Mitte), 40;
studio kohlemeier: Titel, S. 1, 2, 4-8, 10-15, 20-23, 24 (oben), 25-27, 37 (unten), 39.

Anschrift für die Post unserer Leser:

BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Bestellcoupon

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein weiteres, wenn ich nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Blickpunkt-Abo
Wassergasse 3
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche mit einer schriftlichen Mitteilung widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Ich zahle per Rechnung Lastschrift

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtige ich Sie zum Bankeinzug des Abonnementpreises.

Datum/Unterschrift